

# Initiativprüfung

Bericht

## Förderung von Anti Atom Vereinen



## Auskünfte

Oberösterreichischer Landesrechnungshof  
A-4020 Linz, Promenade 31  
Tel.: (+43 732) 7720-11426  
Fax: (+43 732) 7720-214089  
E-Mail: [post@lrh-ooe.at](mailto:post@lrh-ooe.at)  
[www.lrh-ooe.at](http://www.lrh-ooe.at)

## Impressum

**Herausgeber:**  
Oberösterreichischer Landesrechnungshof  
A-4020 Linz, Promenade 31  
**Redaktion:**  
Oberösterreichischer Landesrechnungshof  
**Herausgegeben:** Linz, im April 2010

## Inhaltsverzeichnis

<b>Kurzfassung</b>	<b>1</b>
<b>Die Anti Atom Politik des Landes</b>	<b>3</b>
Anti Atom Offensive	3
Anti Atom Beauftragter	5
<b>Förderungsausgaben an die Vereine</b>	<b>6</b>
Projekt- und Vereinsförderung	6
Fördervolumen nach Förderpaketen	6
Ausgaben für Anti Atom Aktivitäten insgesamt	7
<b>Verwendung der Fördermittel durch die Vereine</b>	<b>8</b>
Verein „Anti Atom Komitee“	8
Verein „Stop Temelin“	9
Verein „atomstopp_atomkraftfrei leben“	10
Verein „Mütter gegen Atomgefahr“	12
Verein „Antiatom Szene“	13
Verein WISE	16
Verein Ocelot	17
Verein Spotrebitele Proti Monopolu	17
Verein Havarijni Zone	17
Verein Calla	18
Verein Hnuti Duha	18
Verein Jihoceske Matky	19
Verein OIZP	19
<b>Allgemeine Verbesserungspotenziale bei der Fördermittelverwendung und Kontrolle</b>	<b>20</b>
<b>Abwicklung der Projektförderung</b>	<b>21</b>
<b>Abwicklung der Allgemeinen Vereinsförderung</b>	<b>22</b>

<b>Zielerreichung, Wirtschaftlichkeit und Zweckmäßigkeit der Förderung der Anti</b>	
<b>Atom Vereine</b> _____	<b>24</b>
Aktivitätsportfolio der Vereine _____	24
Zielerreichung der Vereinsförderung _____	25
<b>Demonstrationen</b> _____	<b>29</b>
<b>Anhang</b> _____	<b>30</b>

## Abkürzungsverzeichnis / Glossar

<b>Begriff</b>	<b>Abkürzung/Erklärung</b>
<b>A</b>	
AKW	Atomkraftwerk
<b>B</b>	
BAO	Bundesabgabenordnung
<b>D</b>	
Domain	Ein Domain dient der Identifikation von Internetseiten
DVD	Digital Versatile Disc (Medien-Datenträger)
<b>E</b>	
EURATOM	Europäische Atomgemeinschaft
<b>L</b>	
LGBl.	Landesgesetzblatt
LH	Landeshauptmann
LR	Landesrat
LRH	Oö. Landesrechnungshof
LRHG	Oö. Landesrechnungshofgesetz
<b>N</b>	
NGO	Non-Governmental Organization (nichtstaatliche Organisation)
<b>U</b>	
UVP	Umweltverträglichkeitsprüfung

## **Förderung von Anti Atom Vereinen**

### **Geprüfte Stelle(n):**

- Direktion Umwelt und Wasserwirtschaft
- Direktion Finanzen
- Die über diese Direktionen geförderten oberösterreichischen Anti Atom Vereine

### **Prüfungszeitraum:**

10.06.2009 bis 17.09.2009 (mit Unterbrechungen)

### **Rechtliche Grundlage:**

Initiativprüfung im Sinne des § 4 Abs. 1 Z. 1 in Verbindung mit § 2 Abs. 1 Z. 1 und 7 des Oö. LRHG, LGBl. Nr. 38/1999 idgF

### **Prüfungsgegenstand:**

Förderung von Anti Atom Vereinen durch das Land Oberösterreich. Nicht Gegenstand der Prüfung waren Prüfungshandlungen bei ausländischen Fördernehmern vor Ort.

### **Prüfungsziel:**

Überprüfung der widmungsgemäßen und wirtschaftlichen Verwendung der Fördermittel durch die Vereine.

### **Prüfungsteam:**

Mag. Franz Bauer (Prüfungsleiter), Manfred Holzer-Ranetbauer und Leopold Pesendorfer

### **Prüfungsergebnis:**

Das vorläufige Ergebnis der Prüfung wurde den Vertreterinnen und Vertretern der Direktion Umwelt und Wasserwirtschaft, der Direktion Finanzen, dem Anti Atom Beauftragten und den Vertreterinnen und Vertretern der vom Land OÖ geförderten Anti Atom Vereine mit Sitz in Oberösterreich in der Schlussbesprechung am 13.10.2009 sowie in den Schlussbesprechungen am 22.02.2010 und am 23.02.2010 zur Kenntnis gebracht.

Die Stellungnahme des Landesrats für Umwelt, Energie, Wasser und KonsumentenInnenschutz wurde, da sie sich auf den gesamten Bericht bezieht, dem Bericht als Beilage beigefügt. Auf eine schriftliche Stellungnahme verzichtet haben die Direktion Finanzen und folgende vom Land OÖ geförderten Anti Atom Vereine mit Sitz in Oberösterreich: Der Verein „Anti Atom Komitee“, der Verein „Stop Temelin“, der Verein „atomstopp\_atomkraftfrei leben“ und der Verein „Mütter gegen Atomgefahr“.

Legende:

Nachstehend werden in der Regel punktweise die Sachverhaltsdarstellung (Kennzeichnung mit 1 an der zweiten Stelle der Absatzbezeichnung), deren Beurteilung durch den LRH (Kennzeichnung mit 2), *die Stellungnahme der überprüften Stelle (Kennzeichnung mit 3 und im Kursivdruck)* sowie die allfällige Gegenäußerung des LRH (Kennzeichnung mit 4) aneinandergereiht.

In Tabellen und Anlagen des Berichtes können bei der Summierung von gerundeten Beträgen und Prozentangaben durch die EDV-gestützte Verarbeitung der Daten rundungsbedingte Rechendifferenzen auftreten.

## Kurzfassung

- (1) Im Rahmen der Anti Atom Politik des Landes OÖ werden Vereine mit der generellen oder teilweisen Zielsetzung der Verhinderung der Atomkraftnutzung gefördert. Der LRH hat sich in der gegenständlichen Prüfung mit den Förderungen des Landes OÖ ab 1.7.2006 befasst.
- (2) Es wurden insgesamt **13 Vereine**, davon **5 Vereine mit Sitz in Oberösterreich** und **8 Vereine mit Sitz in der Republik Tschechien** (Südböhmen) durch das Land OÖ gefördert. In Summe wurden rd. **996.100,- Euro** Projektförderungen im oben genannten Zeitraum an die Vereine vergeben. Daneben gewährte das Land OÖ in den Jahren 2006 bis 2008 **jährlich** zusätzlich jeweils rd. **88.300,- Euro** aus der allgemeinen Vereinsförderung.
- (3) Der LRH bewertete nicht die politischen Entscheidungen, die Anti Atom Offensive durchzuführen. Er beurteilte die Wirtschaftlichkeit, Sparsamkeit und Zweckmäßigkeit des Einsatzes der Förderungsmittel im Wirkungszusammenhang der Tätigkeit der Vereine. Als Ergebnis der Prüfung wurde festgestellt, dass die Vereine die Fördermittel grundsätzlich **widmungsgemäß** verwendet haben. Bezüglich der tschechischen Vereine fußt dieses Prüfurteil des LRH wesentlich auf der Beurteilung des internen Kontrollsystems des Büros des Anti Atom Beauftragten.
- (4) Die sogenannte Anti Atom Offensive des Landes ist ein Bündel unterschiedlichster Maßnahmen und Aktivitäten des Landes und der geförderten Vereine. Die durchgeführten Aktivitäten stützten sich im Wesentlichen auf Resolutionen des Landtags, Teilnahme am sogenannten Anti Atom Gipfel sowie die Installierung eines unabhängigen Anti Atom Beauftragten. Eine übergeordnete Gesamtstrategie für die Anti Atom Offensive ist dem LRH im Zuge der Prüfung nicht bekannt geworden. Er hielt es für sinnvoll, eine derartige Strategie zu entwickeln, um ein zielgerichtetes und effizientes Zusammenwirken aller Akteure zu ermöglichen. Der Anti Atom Beauftragte gab lediglich Ziele im Zusammenwirken mit dem Strategiebeirat für die geförderten Vereine in einzelnen Projekten vor.
- (5) Aus Sicht des LRH wurden die wesentlichen Zielsetzungen des Landes, nämlich Nichtinbetriebnahme des AKW Temelin und Verbesserung der Sicherheitsstandards für das AKW (Melker Prozess) bisher nicht erreicht.
- (6) Die Vereine zeigten außerdem teilweise **wenig Bereitschaft** für Kooperationen und **die Nutzung von möglichen Synergien**.
- (7) Die allgemeine **Vereinsförderung** sollte nach Ansicht des LRH in eine transparente, im Vorhinein steuerbare, für alle oberösterreichischen Anti Atom Vereine verfügbare Projektförderung mit festgelegten und messbaren Zielen **umgewandelt werden**.
- (8) Die Vereine deckten ein großes, sich teilweise überschneidendes Aktivitätsportfolio ab. Der LRH war der Ansicht, dass eine Vereinfachung und Effizienzsteigerung durch eine **thematische Entflechtung** der Projekte (**max. 2 Vereine pro Projektthema**) erreicht werden kann.



- (9) Der LRH empfahl:
- I. **Formulierung der über die einzelnen Maßnahmen und Beschlüsse hinausgehende Gesamtstrategie innerhalb der Anti Atom Offensive. (siehe Pkte. 40.2. und 1.2.; Umsetzung mittelfristig)**
  - II. **Weitere Entflechtung des Aktivitätsportfolios der Vereine in der Projektförderung, Einstellen der Förderung bestimmter Aktivitäten. (siehe Pkte. 35.2. und 36.2.; Umsetzung mittelfristig)**
  - III. **Explizite Festlegung in den bestehenden Zusatzrichtlinien der Anti Atom Offensive, dass das Land keine illegalen Aktivitäten fördert. (siehe Pkt. 41.2.; Umsetzung ab sofort)**
  - IV. **Weitere Forcierung der Projektförderung gegenüber der allgemeinen Vereinsförderung. (siehe Pkt. 33.2.; Umsetzung mittelfristig)**
  - V. **Beibehaltung der Fördermitteldeckelung, darüber hinaus sollten Fördermittel von Vereinen, die aus der Anti Atom Offensive ausscheiden, nicht mehr eingesetzt werden. (siehe Pkte. 4.2 und 40.2.; Umsetzung ab sofort)**
  - VI. **Verbesserung der Aussagekraft und Kontrollierbarkeit der Projektendberichte und eine interne Evaluierung der Projekte auf Basis dieser verbesserten Endberichte. (siehe Pkt. 32.2.; Umsetzung ab sofort)**
  - VII. **Verstärkte Zusammenarbeit, Koordination und Kooperation sowohl auf Ebene der geförderten Vereine als auch auf Ebene der gesamten Anti Atom Offensive des Landes mit Vereinen und Förderstellen in anderen Bundesländern und beim Bund. (siehe Pkt. 1.2.; Umsetzung mittelfristig)**

## Die Anti Atom Politik des Landes

### Anti Atom Offensive

- 1.1. Die Anti Atom Politik des Landes manifestiert sich in der Förderung von Anti Atom Vereinen und dem Betrieb des Anti Atom Büros des Anti Atom Beauftragten (seit 1998). Die Förderung von Vereinen aus der sogenannten „allgemeinen Vereinsförderung“ (Direktion Finanzen) hat im Jahr 1989 begonnen und wurde 1991 auf zwei Vereine ausgedehnt. Die Förderung von (weiteren) Vereinen hat im Jahr 1998 begonnen. Diese werden vom Anti Atom Beauftragten koordiniert, der die Förderungen auch vorschlägt. Über die Vergabe entscheidet die Oö. Landesregierung. In diesem Zusammenhang wurde auch ein Strategiebeirat eingerichtet, der Schwerpunkte für die Anti Atom Projekte festlegt.

Weiters umfassen die Anti Atom Aktivitäten des Landes u.a. zahlreiche Resolutionen des Landtags bzw. der Landesregierung an die Bundesregierung (und über die Bundesregierung an die österreichischen Mitglieder des EU-Parlaments). Im Wesentlichen betreffen diese die Nichtinbetriebnahme des AKW Temelin, die Erhöhung der Sicherheit kerntechnischer Anlagen im Ausland (insbesondere des AKW Temelin), die Reform bzw. den Ausstieg aus dem EURATOM-Vertrag und die Einhaltung des Melker Abkommens.

Seit dem Jahr 2000 wurden vom Oö. Landtag 24 Resolutionen beschlossen, in denen der Oö. Landtag die Landesregierung bzw. die Bundesregierung u.a. auffordert,

- Tschechien mitzuteilen, dass Österreich – unter der Voraussetzung der Nicht-Inbetriebnahme von Temelin – bereit ist, an der Konzeption von energiepolitischen und wirtschaftlichen Alternativen mitzuarbeiten und deren Umsetzung gemeinsam mit der EU zu unterstützen,
- Maßnahmen zur Durchführung von UVPs nach europäischen Standards zu setzen und eine Gesamt-UVP im Rahmen der tschechischen Gesetze, wie im Melker Abkommen vorgesehen, sicherzustellen und zu dokumentieren,
- auf europäischer Ebene eine umfassende Überprüfung des Terrorismusrisikos durch Atomanlagen einzufordern und in diesem Sinn eine entschlossene Initiative für einen europäischen Atom-Ausstieg und für eine Auflösung bzw. eine Reform des EURATOM-Vertrages einzuleiten,
- innerhalb der EU für die Einführung einer europäischen Entsorgungsabgabe für Atomstrom einzutreten,
- den Expertenbericht über die Erfüllung der Sicherheitsstandards von Temelin anzufordern und offenzulegen, sowie der tschechischen Regierung auf Ebene der für die Koordination der Road-Map zuständigen Minister mit dem Ersuchen um Stellungnahme zu übergeben,
- bei der Universität Linz ein Fakultätsgutachten in Auftrag zu geben, das untersuchen soll, welche neuen rechtlichen Möglichkeiten gegen das AKW Temelin sich aufgrund des Beitritts Tschechiens zur EU ergeben haben,

- umgehend alle möglichen internationalen Rechtsschritte wie eine Völkerrechtsklage und Gang zum Internationalen Gerichtshof gegen Tschechien wegen Bruchs des zwischen Tschechien und Österreich geschlossenen internationalen und völkerrechtlich verbindlichen Vertrages (Melker Protokoll-Brüsseler Fassung) einzuleiten,
- ehestmöglich mit der Bundesregierung Gespräche über die weitere Vorgangsweise betreffend die österreichische Atompolitik unter Einbeziehung der NGOs und Experten zu führen,
- mit sofortiger Wirkung die Zahlungen an die EU-Atomindustrie zu stoppen und stattdessen diese eingesparten Mittel für den konjunkturbelebenden Ausbau von Ökoenergie einzusetzen.

Die Landesregierung bzw. deren Mitglieder werden auch auf supra-/internationaler Ebene tätig, etwa kürzlich bei einer Beschwerde im Zusammenhang mit den UVP Prozessen Mochovce und Temelin.

Darüber hinaus nehmen Vertreter aller im Landtag vertretenen Parteien gemeinsam mit oberösterreichischen, tschechischen und bayrischen NGOs am sogenannten Anti Atom Gipfel teil, zuletzt am 26. Juni 2009.<sup>1</sup>

Gelegentlich wird auch der Begriff „Anti Atom Offensive des Landes“ für alle oder einzelne dieser Maßnahmen gebraucht. Ein Anti Atom Gesamtkonzept des Landes, als Zusammenfassung der dargestellten Maßnahmen, ist dem LRH während der Prüfung nicht bekannt geworden.

Es finden auch in anderen Bundesländern und auf Bundesebene Anti Atom Aktivitäten statt. Sowohl die Vereine, als auch der Anti Atom Beauftragte und der Fachreferent der Oö. Akademie für Umwelt und Natur sind der Ansicht, dass Oberösterreich in der Anti Atom Bewegung eine Führungsrolle in Österreich einnimmt.

- 1.2. Nach Ansicht des LRH sollte der Anti Atom Offensive des Landes eine definierte Anti Atom Politik des Landes OÖ (welche die Offensive konkretisiert) mit strategischen Zielen zugrunde gelegt werden.

Der LRH war der Ansicht, dass sämtliche Anti Atom Aktivitäten des Landes um- und weitgehend mit den diesbezüglichen Aktivitäten anderer Bundesländer und des Bundes vernetzt werden sollten. Koordination und Kooperation sowohl auf Ebene der geförderten Vereine als auch auf Ebene der gesamten Anti Atom Offensive des Landes sind wichtig. Dies gilt auch für die Zusammenarbeit mit Förderstellen außerhalb Oberösterreichs.

Dadurch würde sich die Schlagkraft der Anti Atom Offensive erhöhen und ihre Ziele könnten wesentlich effizienter erreicht werden.

- 1.3. *Der zuständige Landesrat teilte mit, dass vom Anti Atom Beauftragten des Landes OÖ nunmehr für die Legislaturperiode bis 2015 ein Anti-Atom-Plan vorliege, in dem nicht nur die Rahmenbedingungen der Anti-Atom Politik des Landes, sondern auch die übergeordneten qualitativen Ziele dargestellt werden.*

*Darüber hinaus sei festzustellen, dass die Energiepolitik des Landes OÖ generell einen Teil der Anti-Atom-Politik des Landes darstelle.*

<sup>1</sup> Stand zum Prüfungszeitpunkt

*Neben einer 20% Steigerung der Energieeffizienz, einer 20% Verringerung der Treibhausgasemissionen bis 2020 solle ein Zielwert von 20% des Anteils von erneuerbaren Energieträgern am Brutto-Inlandsverbrauch der Europäischen Union im Jahr 2020 erreicht werden, wobei Oberösterreich auf Grund seiner Beschlüsse zur „Energiezukunft 2030“ deutlich zeige, dass eine Energiepolitik auch ohne Atomkraftwerke möglich sei und somit das beste Zeichen einer Anti-Atom-Politik des Landes Oberösterreich. Dies sei neben dem Klimaschutz das Hauptziel der Energiewende 2030. (Vollständige Stellungnahme siehe Beilage zum Bericht)*

- 1.4. Der LRH begrüßt die nunmehrige Vorlage eines Anti-Atomplans für die Zukunft (2010 bis 2015). Aus seiner Sicht enthält dieser Plan Elemente des vom LRH geforderten Konzepts. Die (ersten) Umsetzungsschritte können erst in einer Follow-Up-Prüfung durch den LRH beurteilt werden.

### **Anti Atom Beauftragter**

- 2.1. Der Oö. Landtag hat mit Beschluss vom 14.11.1997 die Oö. Landesregierung aufgefordert, einen „Temelin-Beauftragten“ (nunmehr Anti Atom Beauftragten) zu bestellen. Die Bestellung erfolgte nach einem Auswahlverfahren und Hearing am 9.2.1998 durch die Oö. Landesregierung. Der Anti Atom Beauftragte ist freier Dienstnehmer des Landes Oberösterreich. Ein entsprechender, befristeter „Freier Dienstvertrag“ wurde von der Oö. Landesregierung am 25.2.1998 genehmigt. Im Juni 2006 wurde neuerlich ein freier Dienstvertrag von 1.1.2007 bis 31.12.2009 abgeschlossen.<sup>2</sup> Der Anti Atom Beauftragte ist weisungsfrei und unabhängig.

Die Tätigkeit des Anti Atom Beauftragten umfasst gemäß seines freien Dienstvertrags insbesondere:

- Analyse, Entwicklung und Umsetzung von Maßnahmen zur Vermeidung von Gefahren durch grenznahe Atomanlagen, insbesondere die Stilllegung des AKW Temelin sowie ein Entgegenwirken dem Ausbau weiterer Projekte;
- Identifizierung von Informationsdefiziten und deren Analyse, Beschaffung fehlender Informationen, deren Interpretation und Veröffentlichung;
- Ausarbeitung von Projektvorschlägen, Vergabe von Projekten, Interpretation der Ergebnisse, Veröffentlichung;
- Kooperation mit Institutionen, Behörden, Organisationen und Unternehmen im Sinne der Zielsetzung;
- Beurteilung von eingereichten Projekten zusammen mit dem Expertenbeirat mit dem Ziel, einen effizienten Einsatz der Mittel im Sinne der Zielsetzung zu erreichen;
- Vertretung in bilateralen Gremien, sofern grenznahe Atomanlagen betroffen sind;
- regelmäßige Berichterstattung an die Oö. Landesregierung durch Übermittlung eines monatlichen Berichtes an den Landeshauptmann und den Umweltreferenten (bei wichtigen Ereignissen Zwischenberichte in kürzeren Zeitabständen);

<sup>2</sup> Stand zum Prüfungszeitpunkt

- Information von Kooperationspartnern und Information der Öffentlichkeit durch die Medien in geeigneter Form.
- 2.2. Der LRH beurteilte im Rahmen der gegenständlichen Prüfung die Funktion, Qualität der Leistung und Kosten des Anti Atom Beauftragten nur soweit, als sie sich auf die Koordination und Abwicklung von Förderungen an die Vereine beziehen. Der Anti Atom Beauftragte nimmt aus Sicht des LRH Koordinations- und Steuerungsfunktionen bei der Verteilung von Förderungen wahr.

## Förderungsausgaben an die Vereine

### Projekt- und Vereinsförderung

- 3.1. Das Land OÖ förderte Vereine mit Sitz in Oberösterreich und Tschechien. Aus Angaben in Förderanträgen geht hervor, dass Vereine auch von anderen österreichischen Gebietskörperschaften gefördert wurden.

Im Jahr 2008 wurden Fördermittel in Höhe von insgesamt rd. 482.400,- Euro an 5 Vereine mit Sitz in Oberösterreich und 8 Vereine mit Sitz in Tschechien ausbezahlt. Davon stammen rd. 394.200,- Euro aus der Projektförderung, die inhaltlich vom Büro des Anti Atom Beauftragten bearbeitet und von der Direktion Umwelt und Wasserwirtschaft (Abteilung Umweltschutz) bewirtschaftet wird (zuständiger politischer Referent LR Anschöber). Für den laufenden Aufwand (insbesondere für die Erstellung von Druckwerken) wurden 2008 an zwei Vereine weitere rd. 88.300,- Euro aus der allgemeinen Vereinsförderung des Landes (zuständiger politischer Referent LH Dr. Pühringer) ausbezahlt. Die oberösterreichischen Vereine „Anti Atom Komitee“, „atomstopp\_atomkraftfrei leben“ und „Antiatom Szene“ hatten im Jahr 2008 mit rd. 22%, 20% und 12% den größten Förderanteil an der Gesamtförderungssumme. Auch die tschechischen Vereine „Havarijni Zone“, „OIZP“ und „Jihoceske Matky“ hatten gegenüber den übrigen oberösterreichischen und tschechischen Vereinen mit rd. 13%, 9% und 8% einen noch relativ hohen Anteil an der Gesamtfördersumme. Drei oö. Vereine erhielten insgesamt rd. 54% der gesamten Mittel, drei Vereine mit Sitz in Tschechien rd. 30% der Mittel.<sup>3</sup>

### Fördervolumen nach Förderpaketen

- 4.1. Im Rahmen der Projektförderung rechnen die Vereine die von ihnen durchgeführten Projekte nach sogenannten Paketen ab. Für das Paket 17 (Abrechnungszeitraum 1.1.2008 bis 31.12.2008) wurden rd. 397.300,- Euro und für das Paket 16 (Abrechnungszeitraum 1.7.2006 bis 31.12.2007) rd. 598.800,- Euro an die Vereine ausbezahlt.<sup>4</sup>

Die Oö. Landesregierung beschließt die Höhe der Förderung für das jeweils kommende Paket. Die Direktion Umwelt und Wasserwirtschaft (Abteilung Umweltschutz) kontrolliert und stellt sicher, dass die Summe der Projektförderung

<sup>3</sup> Siehe Tabelle 1 (Überblick über die Verteilung der Fördermittel des Jahres 2008 auf die einzelnen Vereine) im Anhang

<sup>4</sup> Details zur Projektförderung siehe Tabelle 2 im Anhang

den genehmigten Budgetrahmen nicht übersteigt. Die Begutachtung und Entscheidung über den Projektvorschlag und die Förderung wird im Büro des Anti Atom Beauftragten vorgenommen, ebenso werden dort Verwendungsnachweise und Projektberichte der Vereine kontrolliert. Die Verwendungsnachweise für die allgemeine Vereinsförderung werden in der Direktion Finanzen kontrolliert.

Laut Auskunft des Anti Atom Beauftragten wurde ihm und den geförderten Vereinen im Jahr 2006 durch den zuständigen Landesrat bekanntgegeben, dass eine Deckelung der Projektförderausgaben auf dem Niveau von 2006 stattfindet. Dieser Betrag wurde in der Folge dann auch unterschritten.

- 4.2. Der LRH stellte fest, dass fünf Vereine fast drei Viertel aller Mittel erhielten.

Die einem Kalenderjahr entsprechenden Kosten der Projektförderung sind von rd. 399.200,- Euro im Jahr 2007 auf rd. 397.300,- Euro im Jahr 2008 leicht zurückgegangen. Bei einzelnen Vereinen ist es allerdings zu einer wesentlichen Erhöhung, somit zu einer Verschiebung der Förderbeiträge innerhalb der Vereine gekommen.

Aus Sicht des LRH sollte die Förder-Deckelung beibehalten werden. Der Betrag sollte nicht erhöht werden, da die Vereine mit ihren Ressourcen gerade diese Fördermittelhöhe zur Projektumsetzung bewältigen können.

### **Ausgaben für Anti Atom Aktivitäten insgesamt**

- 5.1. Inklusive der Verwaltungskosten gab das Land OÖ im Jahr 2008 in Zusammenhang mit Anti Atom Aktivitäten rd. 815.000,- Euro aus. Diese setzen sich aus 482.400,- Euro Fördermitteln und Kosten für das Büro des Anti Atom Beauftragten in Höhe von 332.600,- Euro (187.600,- Euro Sachkosten und 145.000,- Euro Personalkosten für dienstzugeeilte Personen<sup>5</sup>) zusammen.

Da die Oö. Akademie für Umwelt und Natur (neben der Oö. Landesbibliothek und der Abteilung Statistik) am Pilotprojekt „Flexibilisierungsklausel“ teilnimmt, ist es möglich auch „innerbetriebliche Kosten“ darzustellen. Für das Jahr 2008 betragen diese rund 14.000,- Euro.

- 5.2. Nach Berechnungen des LRH auf Basis der Angaben des Büros des Anti Atom Beauftragten gelangt man zu anteiligen Förderverwaltungskosten von ca. 16% der Fördersumme für das Jahr 2008. Aus Sicht des LRH sollte dieser Wert im Vergleich mit anderen Organisationen überprüft werden.
- 5.3. *Die Oö. Akademie für Umwelt und Natur meinte dazu, dass das Pilotprojekt „Flexibilisierungsklausel“ der Dienststelle verstärkt die Möglichkeiten für unternehmerische Entscheidungen im Hinblick auf einen effizienten und effektiven Einsatz der Mittel gäbe. Auch im Büro des Anti-Atom-Beauftragten würden diese Möglichkeiten wahrgenommen.*

*In der Stellungnahme erklärte die Oö. Akademie für Umwelt und Natur, weiter, dass die Kostenrechnung des Amtes der Oö. Landesregierung sowie auch die Stundenaufzeichnungen entsprechend dem Produktkatalog der Oö. Akademie für Umwelt und Natur durchgeführt werden. Auf der Basis dieser Aufzeichnungen lägen die anteiligen Förderverwaltungskosten für das Jahr 2008 bei 13,7 %. Die*

5 Im Prüfungszeitraum waren dies 2,5 Vollbeschäftigungsäquivalente.

*Definition des Aufwands für die Förderverwaltung erlaubten allerdings einen erheblichen Interpretationsspielraum, weil dabei in einem gewissen Ausmaß auch beratende und planende Aufgaben enthalten seien.*

## Verwendung der Fördermittel durch die Vereine

### Verein „Anti Atom Komitee“

- 6.1. Der Verein „Anti Atom Komitee“ mit Sitz in Freistadt hat laut Vereinsstatuten die Aufgabe, die Errichtung und den Betrieb von Atomkraftwerken in Europa zu verhindern. Der Verein ist gemeinnützig und nicht auf Gewinn ausgerichtet. Er erhielt 2008 rd. 106.000,- Euro Landesförderungen (rd. 70.300,- Euro Projektförderung, rd. 35.800,- Euro allgemeine Vereinsförderung).

Für das Paket 17 wurden insgesamt rd. 74.100,- Euro an Förderung ausbezahlt, für das Paket 16 insgesamt rd. 111.100,- Euro.

In den Paketen 16 und 17 wurden lt. Endberichten insgesamt 91 Schulvorträge zum Thema „Problematik der Atomenergie“ an oberösterreichischen und südböhmischen Schulen durchgeführt. Im Paket 17 wurden die Schulvorträge mit rd. 17.000,- Euro gefördert.

Im Projekt „Melk Prozess und Follow Up“ (Förderung im Paket 17 von rd. 17.600,- Euro) wurde das Ziel verfolgt, die Umsetzung der Sicherheitsverbesserungen des AKW Temelin im Sinne des Melker Abkommens durchzusetzen. Zu diesem Zweck hat der Verein durch Presseaussendungen und Lobbyismus (Treffen mit Politikern u.a. dem österreichischen Umweltminister) auf die Probleme in Zusammenhang mit dem Melker Abkommen hingewiesen. Außerdem war der Verein in mehreren lokalen Radiosendungen und im Fernsehen vertreten und hat bei Konzerten, Messen und Festveranstaltungen Informationsstände betrieben.

Im Projekt „Kein Atomstrom in Österreich“ (Förderung Paket 17 von rd. 39.500,- Euro) wurden im Wesentlichen Informationsveranstaltungen, Verteilaktionen und Gespräche mit Gemeindevertretern und Bürgern durchgeführt, um diese zu einem Umstieg auf kernenergiefreie Stromanbieter zu motivieren.

Im Rahmen des Projekts „AKW Mochovce“ wurden im Paket 16 Protestaktionen gegen den Ausbau von Mochovce vorgenommen.

- 6.2. Für die allgemeine Vereinsförderung und die Projektförderung lagen entsprechende Förderanträge vor.

Diese Anträge stimmten inhaltlich mit der Leistungsbeschreibung in den Endberichten überein. Für die bezogenen Förderungen lagen Verwendungsnachweise vor.

Hinsichtlich des Projekts „Kein Atomstrom in Österreich“ lagen dem LRH keine Detailaufzeichnungen vor, wie viele Gemeinden bzw. Bürger zum Umstieg auf kernenergiefreie Stromanbieter motiviert werden konnten. Dies lässt sich lt. Verein wegen der mehrjährigen Vertragsbindungsdauer noch nicht feststellen.



Beim Projekt „AKW Mochovce“ (Slowakei), stellt sich für den LRH die Frage der verstärkten Zusammenarbeit von Vereinen und Institutionen über Bundesländergrenzen hinweg. Von Auswirkungen des Betriebs des AKW Mochovce könnten die Bundesländer Wien, Niederösterreich und Oberösterreich gleichermaßen betroffen sein.

6.3. *Der Verein teilte hiezu mit, dass die Meinung des LRH geteilt werde, dass eine verstärkte bundesländerübergreifende Zusammenarbeit notwendig sei.*

7.1. Die Prüfung gab Anlass zu Beanstandungen im operativen Geschäftsbereich des Vereins. Daraus resultierten folgende Maßnahmen und Verbesserungsvorschläge:

7.2. Auf Rechnungen über Gästebewirtungen durch den Verein sind in Zukunft Zweck der Bewirtung und die Namen der Gäste anzuführen. Dadurch kann nachvollzogen werden, ob die Ausgaben in Erfüllung des Vereinszwecks angefallen sind.

Pauschalrechnungen (z.B. für Kommunikation) sollten zumindest den Verbrauchszeitraum enthalten, um als Verwendungsnachweis anerkannt zu werden.

Für Fahrtkosten, die für Personenbeförderung anfallen, sollte grundsätzlich die Reisegebührenvorschrift des Landes Anwendung finden.

#### **Verein „Stop Temelin“**

8.1. Der Verein mit Sitz in Freistadt wurde während der gegenständlichen Prüfung von der zuständigen Bezirksverwaltungsbehörde aufgelöst, weil er nicht mehr „den Bedingungen seines rechtlichen Bestandes“ gemäß Vereinsgesetz entsprach. Am 22.7.2009 wurde dem LRH durch den Obmann des Vereins mitgeteilt, dass sämtliche Vereinsunterlagen und Aufzeichnungen nach dem Ableben eines Vereinsproponenten, in dessen Räumen diese Unterlagen und Aufzeichnungen aufbewahrt waren, abhanden gekommen bzw. physisch vernichtet wurden und damit nicht mehr greifbar sind.

Im Jahr 2008 hat der Verein rd. 15.700,- Euro an Förderung vom Land OÖ erhalten.

Im Rahmen des Pakets 17 erhielt der Verein 5.000,- Euro für die Erstellung von Filmbeiträgen, deren Präsentation im Internet und ihre Zusammenfassung auf DVD.

Für Paket 16 wurde der Verein „Stop Temelin“ mit rd. 37.100,- Euro gefördert. Die Förderung beinhaltete die Projekte „Information der Öffentlichkeit“ und „AKW Temelin – Kritik der ungelösten Sicherheitsmängel, Kollaudierung“. Ziel des Projekts „Kollaudierung“ war es, durch Aktionen, Ansprechen von Prominenten und Lobbying die Öffentlichkeit und Entscheidungsträger in Österreich zu informieren.

Generell wurden Leistungen von Vereinsorganen (bzw. von Unternehmen von Vereinsorganen) an den Verein verrechnet.

8.2. Da die Originalunterlagen physisch nicht mehr vorhanden sind, ist die Beurteilung der widmungsgemäßen Verwendung der Fördermittel durch den LRH wesentlich auch von der Einschätzung der Kontrolle der Originalbelege durch das Büro des Anti Atom Beauftragten abhängig. Der LRH beurteilte diese Kontrollmaßnahmen als zumindest ausreichend.



Allerdings ist nach Ansicht des LRH nicht durch jeden Verwendungsnachweis und die Endberichte die widmungsgemäße Förderverwendung ausreichend dokumentiert.

Der LRH kritisierte, dass sich der Obmann des Vereins nicht um die sichere Verwahrung sämtlicher Vereinsunterlagen gekümmert hat. Seine Zuverlässigkeit als geschäftsführendes Organ eines vom Land OÖ geförderten Vereins ist daher in Frage zu stellen.

In Zusammenhang mit den Verwendungsnachweisen und der operativen Geschäftsabwicklung ergaben sich folgende Mängel:

- Nicht ausreichende Dokumentation der von Vereinsorganen (bzw. von ihren Unternehmen) an den Verein erbrachten Leistungen
- Form und Zeitpunkt der Erbringung von Verwendungsnachweisen für das Paket 17 (kein belegmäßiger Nachweis für die Kosten der Erstellung der Filmbeiträge, verspätete Lieferung der Filmbeiträge auf DVD)
- Betreffend Paket 16 konnte der LRH auf die geförderte Internetseite „www.antiatom.info“ (im Prüfungszeitraum) nicht mehr zugreifen; es existierten keine Ausdrücke bzw. Screenshots
- Die ebenfalls im Paket 16 geförderte Domain „www.grenzblockade.at“ stand zum Verkauf und enthielt keine Anti Atom Inhalte
- Aus den Verwendungsnachweisen zum Projekt „Information der Öffentlichkeit“ (Paket 16) ließ sich oft kein Bezug zur Notwendigkeit der Ausgabe für die Projektdurchführung herstellen
- Im Beschaffungsbereich wurden, insbesondere wenn es sich um Leistungen von Vereinsorganen an den Verein handelte, oft keine Alternativangebote eingeholt
- Die Reisekostenabrechnungen gegen Kilometergeld waren nach Ansicht des LRH zu wenig detailliert (z.B. fehlten Namen der Besprechungsteilnehmer und Angaben über Ort, Datum, Dauer und Inhalt der Gespräche)

### **Verein „atomstopp\_atomkraftfrei leben“**

- 9.1. Der Verein mit Sitz in Linz ist lt. Vereinsstatuten nicht auf Gewinn ausgerichtet und verfolgt „ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke im Sinne der BAO und zwar den Ausstieg Europas aus jedweder Nutzung der Atomenergie“.

Der Verein hat im Jahr 2008 für den laufenden Aufwand aus der allgemeinen Vereinsförderung des Landes 52.470,- Euro sowie für die Projekte in den Paketen 16 und 17 aus Projektförderungsmitteln vom Büro des Anti Atom Beauftragten rd. 134.800,- Euro<sup>6</sup> bzw. rd. 46.700,- Euro erhalten.

Aus den Projektanträgen und dem dazugehörigen Endbericht ergaben sich folgende Schwerpunkte in den Paketen 16 und 17:

- „Information der Öffentlichkeit“: Vorträge in Gemeinden, Betreuung von Infoständen in OÖ, Veranstaltung von Informationsabenden für Vereinsmitglieder, Erstellung der Vereinszeitung „atomstopp“

6 inkl. der an OIZP weitergeleiteten Fördermittel (siehe auch Pkt. 10.1.)

- „AKW Temelin-Allgemeine Problematik, Einfordern der paktierten Sicherheitsnachbesserungen“: Gespräche mit der internationalen Expertenkommission und mit Vertreterinnen und Vertretern aller politischen Parteien der Landes- und Bundespolitik betreffend Sicherheitsnachrüstung des AKW Temelin, mediale Aufbereitung von Störfällen im AKW Temelin
  - „Sauberer Strom - Verhinderung von Atomstromimporten“: Einwirken auf Energieversorger, den Atomstromanteil zu reduzieren, Werbung für Ökostrom-Anbieter
  - „Reform des EURATOM-Vertrages“: Entwicklung von Szenarien zum Ausstieg aus dem EURATOM-Vertrag, Lobbying bei politischen Parteien, Pressearbeit, Durchführung von Aktionen zur Bewusstmachung der Problematik in der Öffentlichkeit
  - „Verhinderung von Förderungen für die Atomenergie auf EU-Ebene“: Lobbying gegen die Erhöhung des Forschungsrahmens für die Atomindustrie, gegen die EU-Sicherheitsrichtlinie für Atomkraftwerke und die EU-Abfallrichtlinie für radioaktiven Abfall
  - „Melk-Prozess“: Aktionen und Lobbying bei Bundespolitikerinnen und Bundespolitikern und einschlägige Pressearbeit zur Behebung der offenen Sicherheitsmängel im AKW Temelin
  - „Österreich steigt aus EURATOM aus!“: Politikergespräche, Aktionen, Pressekongressen, Einbindung der Landtage durch entsprechende Beschlussfassungen, Infostände, Messen, Aktionismus beim Linz-Marathon für den Ausstieg Österreichs aus dem EURATOM-Vertrag
- 9.2. Die Endberichte der beiden Projektpakete haben mit den in den Projektanträgen enthaltenen Maßnahmen korrespondiert. Abweichungen gegenüber den Projektanträgen waren mit dem Büro des Anti Atom Beauftragten akkordiert.
- 10.1. Von den rd. 134.800,- Euro, die der Verein „atomstopp\_atomkraftfrei leben“ für das Paket 16 erhalten hat, leitete er rd. 28.700,- Euro an den tschechischen Verein OIZP weiter. Ab dem Paket 17 hat der Verein OIZP direkt beim Büro des Anti Atom Beauftragten angesucht.
- 10.2. Damit wurde der Empfehlung des LRH aus vorangegangenen Prüfungen, dass Vereine mit eigener Rechtspersönlichkeit, die Projekte eigenständig abwickeln, direkt um Förderungen ansuchen sollen, Rechnung getragen.
- Die stichprobenweise Prüfung der beim Anti Atom Beauftragten vorliegenden Unterlagen und die Prüfung von Originalbelegen ergab die widmungsgemäße Verwendung der Förderungsmittel durch den Verein.
- 11.1. Von den allgemeinen Vereinsförderungsmitteln (Basisförderung) von rd. 52.500,- Euro wurden im Paket 16 dem Verein OIZP ebenfalls rd. 20.000,- Euro zugeleitet.
- 11.2. Aus Sicht des LRH hätte ein entsprechendes Förderansuchen des Vereines OIZP an die Direktion Finanzen vorliegen müssen, da der Verein eine eigene Rechtspersönlichkeit hatte und die „Gegenleistung“ für die Förderung in eigenem Namen und auf eigene Rechnung erbrachte. Dies war allerdings der Direktion Finanzen lt. eigenen Aussagen nicht bekannt.

- 11.3. *In seiner Stellungnahme gab der Verein an, dass die Zahlungen an den Verein OIZP (Budweis), die in den Jahren 2005, 2006 und 2007 getätigt worden seien, eine Fortsetzung der langjährigen Praxis des Vorgängervereins – der OÖ überparteilichen Plattform gegen Atomgefahr gewesen seien. Über den Verein atomstopp\_atomkraftfrei leben! (bzw. vorher OÖ überparteiliche Plattform gegen Atomgefahr) seien für den Verein OIZP seit dem Jahr 1999 sämtliche Projektanträge an den Anti Atom Beauftragten gerichtet gewesen und die Projektabrechnungen über den Verein atomstopp\_atomkraftfrei leben! erledigt worden. In den Projektanträgen an den Anti Atom Beauftragten seien die für OIZP reservierten Mittel der Direktion Finanzen und weiterer Drittmittelgeber ausgewiesen gewesen. Im Zuge des Ansuchens um das Spendegütesiegel im November 2007 für den Verein atomstopp\_atomkraftfrei leben! habe eine Wirtschaftsprüferin den Hinweis gegeben, dass eine wirtschaftliche Trennung zwischen den Vereinen atomstopp\_atomkraftfrei leben! und OIZP erfolgen solle. Diesem Hinweis sei Folge geleistet worden. Projekteinreichung und Abwicklung für den Verein OIZP erfolgten seit dem Jahr 2008 über den Verein OIZP selber. Die Mittel der Direktion Finanzen und anderer Drittmittelgeber verblieben nunmehr zur Gänze beim Verein atomstopp\_atomkraftfrei leben!*

#### **Verein „Mütter gegen Atomgefahr“**

- 12.1. Der Verein mit Sitz in Freistadt, dessen Tätigkeit nicht auf Gewinn gerichtet ist, bezweckt „die Erforschung, Förderung und das Betreiben von Aktivitäten, die zum Ausstieg aus der Atomenergie führen; die Förderung effizienter und umweltverträglicher Energieträger; die Verhinderung umweltgefährdender Kraftwerksprojekte und Energienutzungsformen“.

Der Verein hat vom Büro des Anti Atom Beauftragten für das Paket 16 insgesamt rd. 7.050,- Euro erhalten. Seit dem Paket 16 hat der Verein lt. eigenen Angaben aus Gründen des hohen bürokratischen Aufwands um keine Förderung mehr angesucht.

Aus den Projektanträgen und den dazugehörigen Endberichten ergeben sich folgende Schwerpunkte:

Bei dem Projekt „Umbau der Web-Site“ sollte der Internetauftritt des Vereines professionalisiert werden.

Im Projekt „Filmkiste/Gelbes Bücherbord/Infokisten für Tschechien“ wurde durch den Verleih einer Sammlung von kritischen Filmen an Schulen und öffentliche Büchereien (Gelbes Bücherbord), Vereine sowie private Interessensgruppen auf erneuerbare Energie und auf die Anti Atom Aktivitäten hingewiesen.

Beim Projekt „atomstopp oberösterreich AKTIV“ sollte die Öffentlichkeit durch Messestandbetreuung, Filmveranstaltungen, Protestkundgebungen und Aktionen auf die wichtigsten Themen wie Temelin, EURATOM sowie auf die Problematik sauberer Strom-Atomstromimporte aufmerksam gemacht werden.

Im Projekt „Informationsveranstaltungen in OÖ“ wurde in Freistadt eine Filmreihe zum Thema erneuerbare Energien, Gefahren und Unzulänglichkeiten fossiler und nuklearer Energieversorgung sowie Möglichkeiten und Vorteile erneuerbarer Energieerzeugung veranstaltet. Das Projekt wurde vorzeitig eingestellt.

- 12.2. Der LRH stellte anhand der Unterlagen die widmungsgemäße Verwendung der genehmigten und angewiesenen Förderungsbeträge fest, hinsichtlich des vorzeitig eingestellten Projektes erfolgte eine adäquate Fördermittelrückzahlung.

### **Verein „Antiatom Szene“**

- 13.1. Der Verein „Antiatom Szene“ wurde im Sommer 2005 gegründet und ist das jüngste Mitglied der Anti Atom Offensive. Der Vereinssitz ist Pasching. Alleiniger Zweck des Vereines ist der Ausstieg Europas aus jedweder Nutzung der Atomenergie. Der Verein weist insgesamt 73 Mitglieder aus, wovon 52 als Mitglied über eine Internet-Plattform registriert sind. An Mitgliedsbeiträgen wurden jährlich insgesamt 50,- Euro vereinnahmt, wobei noch Mitgliedsbeiträge ausständig sind. Es besteht keine Verpflichtung den Mitgliedsbeitrag einzubezahlen.

Im Rahmen des Paketes 16 wurde der Verein „Antiatom Szene“ mit rd. 36.000,-, im Paket 17 mit rd. 54.000,- Euro gefördert. Mit diesen Mitteln wurden die Entwicklung und Produktion eines Anti Atom-Brettspieles, die Abhaltung von Schulwettbewerben und Gewinnspielen, eine Gedenkveranstaltung zum AKW Zwentendorf, das Projekt „Atombank Nein Danke“ sowie ein Workshop subventioniert. Vom Anti Atom-Brettspiel wurden 500 Spiele produziert, zum Prüfungszeitpunkt lagen nach Angaben der Obfrau noch rd. 250 Spiele beim Verein auf.

- 13.2. Der LRH empfahl, von allen Mitgliedern den Mitgliedsbeitrag einzuheben und vermehrt Anstrengungen für die Distribution des Spieles zu unternehmen.

- 13.3. *Der Verein gab dazu an: „Antiatom Szene“ -Mitglieder würden in regelmäßigen Abständen schriftlich und persönlich ersucht den Mitgliedsbeitrag zu entrichten. Diese Bemühungen werde der Verein in Zukunft noch weiter forcieren. Höchste Priorität sei für den Verein aber die aktive Unterstützung durch die Mitglieder bei der Erreichung der Vereinsziele, zudem „Antiatom Szene“ sehr erfolgreich durch Sponsoring-Partner unterstützt werde, was an den Jahresabschlüssen unschwer zu erkennen sei und diese Beträge die zu erwartenden Mitgliedsbeiträge wesentlich überstiegen. Mittels Sponsoring-Gelder konnten lt. Verein in der Vergangenheit u. a. zahlreiche Gewinn- und Teilnahmepreise für den Antiatom-Schulwettbewerb des Vereins zur Verfügung gestellt werden, sowie Kosten für die Projekte „Antiatom-Brettspiel“ und „30 Jahre Zwentendorf“ abgedeckt werden.*

*Bezüglich Antiatom-Brettspiel „NUKE STOP“ meinte der Verein: Das Antiatom-Brettspiel sei insbesondere dafür entwickelt worden, um die Thematik im Rahmen unserer Jugendprojekte auf spannende Art und Weise vermitteln zu können. Die noch vorhandenen Antiatom-Brettspiele würden laufend Schulklassen, welche am aktuellen Antiatom-Schulwettbewerb teilnehmen, zur Verfügung gestellt und würden auch zu diesem Zwecke aufbewahrt. Die Distribution verlaufe also planmäßig.*

- 13.4. Der LRH begrüßt die angekündigten Bemühungen des Vereins, die Einhebung von Mitgliedsbeiträgen weiter zu forcieren. Bei den unter Sponsoring im Jahr 2008 im Jahresabschluss des Vereins dargestellten Einnahmen handelte es sich unter anderem um Kostenbeiträge anderer Anti Atom Vereine und des Landes OÖ.

Eine Darstellung oder ein Plan anhand dessen der LRH die „planmäßige Distribution“ des Anti Atom Spiels hätte nachvollziehen können, wurde dem LRH nicht zur Kenntnis gebracht. Der LRH konnte daher nicht feststellen, ob die Distribution planmäßig verläuft.

- 14.1. Im Rechnungswesen des Vereines sind zahlreiche Rechnungen für Leistungen enthalten, die von Mitgliedern bzw. Aktivisten des Vereines erbracht und dem Verein verrechnet wurden. Im Jahr 2008 wurde für externe Dienstleister und Leistungen von Mitgliedern bzw. Aktivisten des Vereines (z.B. Grafiker, Lohnverrechnung, EDV, Honorare für Kopiertätigkeit, Mithilfe bei der Buchhaltung, Buffet Aufbau, Bio-Blechkuchen backen) rd. 4.100,- Euro ausbezahlt. Stundenaufzeichnungen bzw. schriftliche Vereinbarungen lagen vereinzelt vor. Schriftliche Vorstandsbeschlüsse waren in keinem Fall vorhanden.
- 14.2. Der LRH meinte, dass in allen Fällen schriftliche Vereinbarungen abzuschließen bzw. detaillierte Stundenaufzeichnungen zu führen sind. Außerdem empfahl er, derartige Arbeiten nach Möglichkeit ehrenamtlich zu erledigen.
- 14.3. *Der Verein „Antiatom Szene“ teilte hiezu in einer umfangreichen Stellungnahme mit, dass „Antiatom Szene“ stets auf Kosteneinsparung achte und das ehrenamtliche Engagement im Verein „Antiatom Szene“ überdurchschnittlich sei. (Vollständige Stellungnahme siehe Beilage zum Bericht)*
- 14.4. Die Stellungnahme des Vereins bestätigt die Feststellung des LRH, dass keine Stundenaufzeichnungen und entsprechende schriftliche Vereinbarungen vorliegen. Der LRH bleibt bei seiner Ansicht, wonach der Verein, der nicht unerhebliche Fördermittel erhält, Aufzeichnungen über die von Mitgliedern bzw. Aktivisten des Vereines erbrachten Leistungen, die dem Verein verrechnet wurden, führen soll.  
  
Ob die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Vereins 25% ehrenamtliche Tätigkeit leisten, konnte mangels entsprechender Aufzeichnungen des Vereins nicht festgestellt werden. Der LRH kann nicht nachvollziehen, dass der Arbeitsaufwand des Vereins 80% Prozent weniger als bei anderen Vereinen betragen soll und verweist auf Tabelle 3 im Anhang.
- 15.1. Der Verein „Antiatom Szene“ lehnt eine Zusammenarbeit mit bestimmten Vereinen aus ideologischen Gründen definitiv ab.  
  
Der Grad der Zusammenarbeit unter den Vereinen ist generell unterschiedlich ausgeprägt.  
  
Umgekehrt beschwert sich der Verein „Antiatom Szene“ in einem Projektendbericht, dass es „nicht erfreulich war, dass viele öö. Gruppen scheinbar keine Bereitschaft und kein offensichtliches Interesse“ an der Mitarbeit an - aus der Sicht des Vereins - wichtigen Kampagnen zeigten.
- 15.2. Der LRH wies erneut auf die Notwendigkeit einer verstärkten Zusammenarbeit der Vereine hin und empfand es als wichtig, dass sich diese ausschließlich am gemeinsamen Ziel orientiert.

- 15.3. *Der Verein „Antiatom Szene“ meinte zu Punkt 15.2., dass dem Landesrechnungshof bekannt sei, dass „Antiatom Szene“ gut und auch international weit vernetzt sei und mit zahlreichen Organisationen in ganz Europa laufend zusammenarbeite. „Antiatom Szene“ sei allerdings nicht bereit, mit Vereinen, in welchen laut „Handbuch des österreichischen Rechtsextremismus“ vom „Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes – DÖW“ dokumentiert, Aktivisten aktiv seien, bei denen es stark begründete Verdachtsmomente für rechtsextreme Positionen gäbe. (Vollständige Stellungnahme siehe Beilage zum Bericht)*

*Der Anti Atom Beauftragte gab zu Punkt 15.2. bekannt, dass Konflikte unter den im Rahmen der Anti-Atom-Offensive tätigen Vereinen fallweise vorkämen. Vom Büro des Anti Atom Beauftragten werde sichergestellt, dass die unterschiedlichen Auffassungen keine oder nur geringfügige Auswirkungen auf die Erreichung der gemeinsamen Ziele sowie die Qualität der Projekte hätten. Dies geschehe unter anderem durch thematische Entflechtung. Der erforderliche Kontakt zwischen den Organisationen erfolge im Rahmen des zu diesem Zweck eingerichteten Internetforums sowie in Strategiesitzungen. Grundsätzlich würden nur solche Projekte gefördert, welche sich an den im Rahmen des Strategiebeirates beschlossenen Schwerpunkten orientieren würden.*

- 15.4. Der LRH nimmt die Stellungnahme des Vereins zur Kenntnis und bleibt bei seiner Forderung, dass sich die Zusammenarbeit der vom Land OÖ im Rahmen der Anti Atom Offensive geförderten Vereine am gemeinsamen Ziel und nicht an einer vermeintlichen<sup>7</sup> politischen Ausrichtung orientieren soll.

Der LRH begrüßt die durch den Anti Atom Beauftragten verfolgte Ausrichtung der Projekte an beschlossenen Schwerpunkten.

- 16.1. Der Kommunikations- und Büroaufwand wurde auf die Laufzeit eines Projektes budgetiert und pauschal verrechnet. Außerdem wurden die Internetrechnungen einiger Vereinsmitglieder zur Gänze vom Verein übernommen.
- 16.2. Der LRH vertrat die Meinung, dass nicht pauschal sondern nach Einzelbelegen abgerechnet werden soll. Im Fall der Förderung von Internetrechnungen wäre aus Sicht des LRH ein Privatnutzungsanteil anzusetzen.
- 16.3. *Der Verein „Antiatom Szene“ wies darauf hin, dass zwar die Internetgebühren für drei MitarbeiterInnen voll vom Verein bezahlt würden, dass nach einem schriftlichen Beschluss des Vereinsvorstandes von 8.10.2009 (der mündliche Beschluss sei bereits im Jahr 2006 erfolgt) im Gegenzug aber Telefonate für den Verein durch diese MitarbeiterInnen privat finanziert würden.*

<sup>7</sup> Der LRH wies den Verein im Verlauf der Prüfung betreffend der „Verdachtsmomente für rechtsextreme Positionen“ eines anderen Vereins mehrfach auf die Möglichkeit einer Kontaktaufnahme mit oder Anzeige bei den entsprechenden allenfalls zuständigen Behörden hin. Der Verein hat darauf mehrfach, zuletzt am 22.2.2010 erklärt, dass eine solche Kontaktaufnahme oder Anzeige durch den Verein nicht erfolgt ist.



*Das bedeute, dass effektiv rund 95% der Vereinstelefonate seit 2006 privat finanziert werden. Im Jahr 2009 beispielsweise seien sämtliche für den Verein „Antiatom Szene“ geführten Telefonate von Vorstand und Mitarbeitern privat bezahlt worden. Der Hintergrund zu dieser Vorgehensweise – also nur die Internetgebühren zu verrechnen – sei, die Bürokratie gering zu halten. Das Markieren jedes einzelnen für den Verein getätigten Telefonats, sowie die Berechnung der anteiligen Grundgebühr, entfalle. Diese Vorgehensweise erspare dem Verein nachweislich Kosten und Zeit. Kassierin, Kassierin-Stv. und Schriftführer-Stv. nutzten ausschließlich privates Internet für Vereinstätigkeiten.*

*„Antiatom Szene“ würde zudem nur einen Teil der effektiven Infrastrukturkosten verrechnen. Der „Antiatom Szene“-Vorstand habe bereits im Jahr 2006 mündlich beschlossen, dass Heizkosten und Stromkosten ausschließlich privat finanziert werden sollen. Aufgrund von Einsparmaßnahmen sei im Jahr 2008 auch der laufende Betriebsaufwand zu einem großen Teil privat finanziert worden. Die im Rahmen der Antiatom-Offensive genehmigte Summe für Betriebskosten, sowie ein Teil der Infrastrukturkosten, sei überwiegend in die qualitative Verbesserung der Projekte investiert worden.*

*Vorstand und Mitarbeiter von „Antiatom Szene“ würden dem Verein umfangreiche private Inventarien kostenlos zur Verfügung stellen:*

*Der Großteil des für die Vereinsarbeit benötigten Inventars wie Scanner, Drucker, Bürotische, Bürosessel, Regale, etc. sei Privateigentum von Vorstand und Mitarbeitern. Ebenso würden private Büro- und Lagerräumlichkeiten dem Verein kostenlos zur Verfügung gestellt.*

- 16.4. Da dem LRH keine Aufzeichnungen der geführten Telefongespräche oder Aufzeichnungen über Telefonkosten insgesamt übermittelt wurden, ist nicht nachvollziehbar, dass 95% der Vereinstelefonate seit 2006 privat finanziert worden wären.

Die in der Stellungnahme aufgestellte Behauptung, dass ein Großteil des benötigten Inventars ausschließlich privat finanziert worden wäre, stimmt mit den Prüfergebnissen des LRH nicht überein. So wurden ein PC samt Monitor, ein Laptop, Drucker, Fax, Modem, Bürosessel, Diktiergerät sowie diverses EDV-Zubehör vom Verein angeschafft und vom Land OÖ gefördert.

Darüber hinaus erhielt der Verein erhält durch sogenannte „genehmigte Fördermittelverschiebungen“ (in den Paketen 16 und 17 in Summe rund 3.700,- Euro) einen Förderungsbeitrag zur Deckung der Infrastrukturkosten des Vereins. Bis zu diesem Betrag fördert das Land OÖ damit Aufwendungen für die Räumlichkeit (Vereinsbüro).

### **Verein WISE**

- 17.1. Der Verein WISE (World Information Service on Energy) mit seinem Sitz in Dolni Loucky (Tschechien) hat als Hauptziel die Schließung der AKWs Temelin und Mochovce. Ein übergeordnetes Ziel ist ein europaweiter Ausstieg aus der Kernenergie.

Für das Paket 16 erhielt der Verein rd. 38.500,- Euro, für das Paket 17 rd. 18.000,- Euro. Schwerpunkte des Paketes 16 waren die Informationstätigkeit in Zusammenhang mit dem AKW Mochovce sowie Anti Atom Kampagnen und Infor-

mation über Nuklearenergie. Im Paket 17 wurden Kampagnen gegen Mochovce (Blöcke 3 und 4), Informationsmaßnahmen sowie ein Szenario für eine atomfreie Energiepolitik gefördert. In den Förderungsansuchen führte der Verein u.a. aus, dass in periodischen Zeitabständen eine kurze Evaluation zu einzelnen Projekten vom Verein durchgeführt wird.

- 17.2. Der LRH war der Meinung, dass im Projekt-Endbericht kaum Aussagen über die Evaluationsergebnisse des Vereines enthalten waren. Er empfahl künftig verstärkt Aussagen zur Zielerreichung zu treffen.

### **Verein Ocelot**

- 18.1. Dieser Verein wurde anlässlich der Entscheidung um die atomaren Endlager im Ort Lubenec gegründet. Hauptzweck dieses Vereines ist der Betrieb des Infozentrums Lubenec-Blatno.

Im Rahmen des Paketes 16 erhielt der Verein 8.100,- Euro an Landesmitteln, im Paket 17 waren es rd. 6.000,- Euro.

Der Verein führte in seinen Förderungsanträgen exakte Parameter für die Evaluation und Reflexion an. Im Endbericht fehlen dazu konkrete Aussagen.

- 18.2. Auch in diesem Fall empfahl der LRH dem Büro des Anti Atom Beauftragten, verstärkt auf die Darstellung von Aussagen zur Zielerreichung bzw. zur Evaluation in den Endberichten hinzuwirken.

### **Verein Spotrebitele Proti Monopolu**

- 19.1. Dieser Verein wurde 2002 auf Initiative des Anti Atom Beauftragten gegründet und ist hauptsächlich auf dem Gebiet des Konsumentenschutzes tätig. Schwerpunkt der Arbeit des Vereins sind die atomaren Bestrebungen der Tschechischen Republik, vor allem der Betrieb des AKW Temelin mit seinen Auswirkungen auf die Entwicklung der Strompreise.

Mit dem Paket 16 erhielt der Verein rd. 26.000,- Euro, im Rahmen des Pakets 17 waren es rd. 7.800,- Euro. Schwerpunkt in beiden Paketen waren Aktivitäten zur Verhinderung der Fertigstellung des AKW Mochovce sowie die Information der Öffentlichkeit darüber.

- 19.2. Nachdem das AKW Mochovce in der Slowakei liegt, das Hauptziel des Vereines aber das tschechische AKW Temelin ist, wäre nach Ansicht des LRH aus Sicht des Förderungsgebers zu prüfen, ob die Tätigkeit des Vereines noch im Einklang mit den Vereinszielen steht.

### **Verein Havarijni Zone**

- 20.1. Dieser Verein wurde ebenfalls auf Initiative des Anti Atom Beauftragten gegründet. Ein Ziel ist die bessere und fairere Information der tschechischen Öffentlichkeit. Um dieses Ziel zu erreichen, wird monatlich eine Zeitschrift mit einer Auflage von rd. 6.000 Stück herausgegeben. Diese Zeitschrift informiert nicht nur über die Gefahren des AKW Temelin, sondern bietet auch Energiespar-Tipps.



Ein zweites Ziel ist es, direkten Druck auf die Politik mit Hilfe rechtlicher Verfahren (inklusive der Durchsetzung der Beschlüsse des Melker Abkommens) auszuüben.<sup>8</sup>

Mit dem Paket 16 erhielt der Verein rd. 112.000,- Euro, im Paket 17 waren es rd. 69.000,- Euro. Mit diesen Mitteln wurden Rechtsschritte gegen das AKW Temelin, die Herausgabe der Zeitschrift und ein Energiekonzept gefördert.

- 20.2. Der LRH stellte fest, dass die Rechtsschritte in den Paketen 16 und 17 mit insgesamt rd. 91.000,- Euro gefördert wurden. Nachdem seiner Meinung nach bisher eher geringe Rechtserfolge erzielt werden konnten, bzw. das Melker Abkommen aus Sicht des LRH noch nicht umgesetzt ist, empfahl der LRH den Erfolg dieser Maßnahme zu evaluieren.

### **Verein Calla**

- 21.1. Grundlegende Ziele dieses Vereines sind u.a. der Schutz und die Erhaltung der Natur und der Landschaft sowie die Förderung der Grundsätze eines nachhaltigen Lebens.

Im Paket 16 gewährte das Land dem Verein rd. 16.000,- Euro, im Paket 17 waren es rd. 14.000,- Euro. Mit diesen Mitteln wurden Projekte im Zusammenhang mit Atomabfall, mit der Veränderung des tschechischen Atomgesetzes sowie der Gefahr einer Renaissance der Uranförderung in der Tschechischen Republik gefördert. Der Verein wickelte einige seiner Projekte bzw. Aktivitäten mit anderen tschechischen Vereinen ab. In den Projektendberichten waren allerdings keine konkreten Kennzahlen zur Evaluation und Reflexion der Projekte angeführt.

- 21.2. Der LRH begrüßte die Kooperation unter den tschechischen Vereinen zur Nutzung von Synergien und empfahl auch hier dem Anti Atom Beauftragten, verstärkt auf konkrete und messbare Evaluierungsergebnisse zur Beurteilung der Zielerreichung zu achten.

### **Verein Hnuti Duha**

- 22.1. Ziele dieses Vereines sind u.a. der Naturschutz, der langfristige Ausstieg aus der Kernenergie sowie die Förderung von erneuerbaren Energien.

Das Paket 16 wurde mit rd. 18.000,- Euro gefördert, das Paket 17 mit rd. 15.000,- Euro. Mit diesen Mitteln wurden Aktivitäten im Bereich der EU-Energiepolitik, der Endlagerung von radioaktiven Abfällen („Endlager-Problematik“), der Veränderung des tschechischen Atomgesetzes sowie die Thematik der begrenzten Verantwortung im Falle eines Atom-Unfalls gefördert.

- 23.1. Der Verein führte im Antrag für eine Evaluation und Reflexion messbare Outputs und deren Bewertung an. Im Endbericht werden dazu nicht immer Aussagen getroffen.

<sup>8</sup> Dies umfasst sämtliche Rechtsschritte von tschechischen Vereinen gegen Atomanlagen in Tschechien.

- 23.2. Der LRH stellte fest, dass unter den tschechischen Vereinen dieser Verein im Rahmen einer Projektevaluation die konkretesten Outputs samt Bewertung anführte. Er empfahl, diese Parameter auch auf andere Vereine zu übertragen (best practice). Verbesserungspotenzial sah der LRH in Zusammenhang mit diesbezüglichen Ausführungen in den Endberichten.

### **Verein Jihoceske Matky**

- 24.1. Hauptziele des Vereines sind die Aufklärung und Information der Öffentlichkeit sowie der Ausstieg aus der Atomenergie. Sitz des Vereines ist Budweis.

Mit dem Paket 16 wurden dem Verein rd. 55.000,- Euro zur Verfügung gestellt, mit dem Paket 17 waren es rd. 43.000,-. Mit diesen Mitteln wurden Projekte gefördert, in deren Rahmen die Öffentlichkeit über die Probleme der Atomenergie informiert wurde (Infozentrum). Außerdem wurden eine Wanderausstellung erstellt, Schulvorträge abgehalten, Informationen über die neuen Blöcke des AKW Dukovany (Slowakei) publiziert sowie ein Seminar abgehalten.

### **Verein OIZP**

- 25.1. Der Verein OIZP (Obcanska Iniciativa pro Ochranu Zivotniho Prostredi) wurde 1998 auf Initiative der „Oberösterreichischen überparteilichen Plattform gegen Atomgefahr“<sup>9</sup> als Informationszentrum für die tschechischen NGOs geschaffen. Seine Hauptaufgabe ist die Übersetzung und Weiterleitung von Informationen zwischen den oberösterreichischen und den tschechischen Vereinen. Ein weiterer Schwerpunkt sind Schulvorträge. Der Vereinssitz ist Budweis.

Der Verein wurde im Rahmen des Paketes 16 mit rd. 28.700,- Euro gefördert, im Paket 17 waren es rd. 46.700,- Euro. Die Förderungsmittel des Landes für das Paket 16 wurden im Wege des Vereines „atomstopp\_atomkrafffrei leben“ angewiesen.

Mit diesen Mitteln wurden Projekte im Zusammenhang mit dem Melker Prozess, die Information der Öffentlichkeit über das AKW Temelin sowie Schulvorträge subventioniert.

- 25.2. Wie bereits erwähnt, müssen aus Sicht des LRH eigenständige Rechtssubjekte im eigenen Namen um Fördermittel ansuchen, damit ihnen eine Förderung gewährt werden kann.
- 26.1. Beim Projekt „AKW Temelin – allgemeine Problematik, Einfordern der paktierten Sicherheitsbestimmungen (Melker Prozess)“ wurden im Förderungsantrag im Bereich der Evaluation und Reflexion bestimmte Messkriterien angeführt.
- 26.2. Nachdem aus Sicht des LRH die Maßnahmen des Melker Prozesses noch immer nicht vollständig umgesetzt wurden, ist die Zielerreichung dieses Projektes stark zu hinterfragen. Er kritisierte, dass im Endbericht der Zielerreichungsgrad nicht angeführt wurde.

9 Nachfolgeorganisation ist der Verein „atomstopp\_atomkrafffrei leben“

## Allgemeine Verbesserungspotenziale bei der Fördermittelverwendung und Kontrolle

- 27.1. Die Vereine schafften mit Fördermitteln Wirtschaftsgüter mit einer Nutzungsdauer von über einem Jahr an. Als Verwendungsnachweise wurden jeweils Belege über die Anschaffungen vorgelegt. Vergleichsangebote wurden nicht in allen Fällen eingeholt.
- 27.2. Neue Förderungsanträge der Vereine sollten um ein „Anlagenverzeichnis der geförderten Wirtschaftsgüter“ ergänzt werden, damit die Förderstelle den Überblick über die bereits gefördert angeschafften Wirtschaftsgüter behält und die Notwendigkeit einer geförderten Neuanschaffung beurteilen kann. Außerdem sollte der Anti Atom Beauftragte in den Förderungsrichtlinien ermächtigt werden, das physische Vorhandensein geförderter Wirtschaftsgüter bei den Vereinen zu überprüfen.
- Grundsätzlich sollten bei der Anschaffung von Wirtschaftsgütern wie z.B. elektronischen Geräten Vergleichsangebote verschiedener Lieferanten eingeholt werden.
- 28.1. Der Anteil der Personalkostenförderung an der Gesamtprojektförderung betrug für alle Vereine im Paket 17 durchschnittlich rund 57% und zeigte bei einer Einzelbetrachtung der Vereine ein differenziertes Bild.<sup>10</sup>
- 28.2. Der LRH meinte dazu, dass die Personalintensität der Vereine keinesfalls weiter ansteigen sollte, sondern die Vereinsaktivitäten verstärkt durch ehrenamtliche Arbeit abgewickelt werden. Geförderte Vergütungen an Vereinsmitglieder sind auf das unbedingt nötige Ausmaß zu beschränken. Über die geleisteten ehrenamtlichen Tätigkeiten sollten Stundenaufzeichnungen geführt werden.
- 29.1. Verschiedene oberösterreichische Vereine beschäftigen Personal im Bereich der Buchführung. Diese Personalkosten werden vom Land gefördert.
- Ein Verein hat vor kurzem das Vereinsbüro gewechselt, ein anderer ist derzeit auf der Suche nach einem Vereinsbüro.
- Zwei Vereine produzieren eigene Vereinszeitungen und erhielten dafür Förderungen.
- 29.2. Diese Beispiele zeigen nach Ansicht des LRH, dass durch eine Zusammenarbeit der oberösterreichischen Vereine Synergien ausgeschöpft werden könnten. Dies betrifft die grundsätzliche Möglichkeit der gemeinsamen Nutzung von Büroräumlichkeiten und Personalressourcen (z.B. für die laufende Buchführung), aber auch die gemeinsame Herausgabe von Druckwerken.

<sup>10</sup> Vergleiche Tabelle 3 im Anhang

- 29.3. *Der Anti Atom Beauftragte gab dazu an: Die Synergien im Bezug auf eine gemeinsame Nutzung von Büroinfrastruktur würden vom Büro des Anti-Atom-Beauftragten laufend geprüft. So habe eine Bürozusammenlegung der Vereine Südböhmische Mütter und OIZP in Budweis, verbunden mit Senkung der Miet- und Betriebskosten erfolgreich realisiert werden können. Für die Beurteilung von möglichen Einspareffekten seien jedoch auch andere Aspekte, wie Wohnorte der betroffenen MitarbeiterInnen oder regionale Verankerung der Organisationen in Betracht zu ziehen.*
- 30.1. Die Vereine finanzieren sich fast ausschließlich aus Förderungen. Die von den Vereinen als Nachweis der Fördermittelverwendung vorgelegten Projektendberichte sind sehr umfangreich und wenig aussagekräftig.
- 30.2. Die Vereine sollten vermehrt Anstrengungen unternehmen, sich aus Spenden u.ä. zu finanzieren. Satzungsmäßig vorgesehene Mitgliedsbeiträge sollten tatsächlich eingehoben werden. Die Form der Endberichte sollte hinsichtlich der Aussagekraft überdacht werden.
- 31.1. Einige Vereine konnten im Zuge der Prüfung nur grobe Schätzungen über die Unterstützer, Anzahl der Mitglieder, die Höhe der tatsächlichen Mitgliedsbeiträge und über die Anzahl von Personen, die die Vereine mobilisieren können, machen.
- 31.2. Aus Sicht des LRH ist es notwendig, entsprechende Aufzeichnungen zu führen.

## Abwicklung der Projektförderung

- 32.1. Bei der Förderung von Anti Atom Vereinen durch die Direktion Umwelt und Wasserwirtschaft (Abteilung Umweltschutz) handelte es sich um Projektförderungen. Vorschläge für Schwerpunkte kamen in der Regel vom Büro des Anti Atom Beauftragten oder von Anti Atom Vereinen.

Die Vorschläge für Schwerpunkte wurden von einem Strategiebeirat bezüglich ihres Interessantheitsgrades bewertet. Der Strategiebeirat setzte sich aus dem für Umweltschutz zuständigen LR und Vertretern seines Büros, einem Vertreter aus dem Büro des LH, Vertretern der projektwerbenden NGOs und fachzuständigen Vertretern aus dem Landesdienst zusammen. Auf Basis einer Punktebewertung erfolgte eine Gewichtung innerhalb festgelegter Schwerpunkte („International, Oberösterreich und Tschechien“, „Rechtsschritte“ sowie „Schulvorträge in Tschechien“).

Zu dieser Schwerpunkt- und Projektvorschlagsliste legten die NGOs anschließend konkrete Projekte vor. Jedes Projekt musste sich dabei auf einen Schwerpunkt beziehen. Die Bewertung der Vorschläge innerhalb der Schwerpunkte erfolgte durch den Anti Atom Beauftragten unter Berücksichtigung bisheriger Erfahrungen und der Kompetenz der Vereine. Manchmal wurden Projekte aus formalen und inhaltlichen Gründen abgelehnt. Falls es zu Unstimmigkeiten zwischen dem Anti Atom Beauftragten und einem Verein kommt, fällt ein Expertenbeirat eine Entscheidung.

Diese Strukturen und weitere Maßnahmen sowie Förderobergrenzen wurden im Lauf der Zeit vom Anti Atom Beauftragten eingeführt.

In der Folge entscheidet die Oö. Landesregierung über den vom Anti Atom Beauftragten vorgelegten Gesamtvorschlag.

Es gelten die Förderrichtlinien des Landes, ergänzt um Sonderbestimmungen des Büros des Anti Atom Beauftragten. Co-Finanzierungen und Förderungen anderer Stellen sind bei den Ansuchen durch die Vereine anzugeben. Soweit die Co-Finanzierungen das Land OÖ (Direktion Finanzen) betrafen, erfolgte eine Abstimmung mit Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Büro des Anti Atom Beauftragten auch bei der Kontrolle der Verwendungsnachweise.

Im Rahmen der Förderansuchen wurde je Verein eine Projektkalkulation vorgenommen und dargestellt, wie sich verschiedene Aufwandskategorien (z.B. Personal, Miete, Bürobedarf etc.) auf die Projekte verteilen. Die Projektdurchführung und Abrechnung erfolgen auf Basis dieser Kalkulationen. Die Abrechnungsbeträge entsprachen zumeist weitgehend den in den Förderungsanträgen enthaltenen kalkulierten Beträgen. Die beantragten Ausgabenkategorien wurden weitgehend ausgeschöpft.

Nach dem Projektstart erfolgte eine erste Förder-Teilzahlung, nach Vorlage eines Zwischenberichts eine weitere Förderzahlung. Nachdem die Projekte durchgeführt wurden, wurden der Projekt-Endbericht und Verwendungsnachweise durch die Vereine vorgelegt, kontrolliert und es erfolgte die Schlusszahlung (abgewickelt durch die Abteilung Umweltschutz).

- 32.2. Der LRH empfahl dem Anti Atom Beauftragten sicherzustellen, dass möglichst viele quantifizierbare Elemente standardmäßig in die Schlussberichte der Vereine aufgenommen werden. Es sollte eine Evaluierung dieser quantifizierbaren Elemente und des Projekterfolgs insgesamt erfolgen, u.U. gemeinsam mit dem Strategiebeirat. Aufbauend auf den Ergebnissen dieser Evaluierung sind die Ziele der zukünftigen Projekte zu präzisieren. Nach Meinung des LRH ist das Projekt-abwicklungs- und -abrechnungssystem zwar weitgehend standardisiert und für die Projektförderung geeignet, bietet aber keinen Anreiz, mit weniger Mitteln auszukommen.

Der LRH begrüßte die Bemühungen zur Verbesserung der Förderrichtlinien. Die Kontrolle der Verwendungsnachweise durch das Büro des Anti Atom Beauftragten war grundsätzlich geeignet Missbrauch zu verhindern und umfasste auch Aspekte der Wirtschaftlichkeit, Zweckmäßigkeit und Sparsamkeit.

## Abwicklung der Allgemeinen Vereinsförderung

- 33.1. Die Direktion Finanzen förderte den jährlichen laufenden Aufwand von zwei Vereinen, nämlich von „atomstopp\_atomkraftfrei leben“ und des Vereins „Anti Atom Komitee“. Förderungsansuchen dieser Vereine erfolgten entweder an den Landeshauptmann oder direkt an die Direktion Finanzen.

Diese Förderungen wurden unabhängig von einem konkreten Projekt zur Erfüllung des jeweiligen Vereinszwecks gewährt.

Die Förderansuchen wurden (aufgrund der Förderungshöhe) der Landesregierung zur Beschlussfassung vorgelegt. Nach deren Beschluss erfolgte die Auszahlung. Dieser Vorgang entsprach dem Procedere der sogenannten „allgemeinen Vereinsförderung“ zur Unterstützung des Vereinswesens in Oberösterreich. Es gelten die Allgemeinen Förderungsrichtlinien des Landes.

Laut Angaben der Direktion Finanzen haben außer den beiden genannten Vereinen keine weiteren Vereine um eine allgemeine Vereinsförderung angesucht. Die Förderung der Direktion Finanzen an Anti Atom Vereine hat nach dem Reaktorunfall von Tschernobyl begonnen und erfolgt seit langem mit einem gleichbleibenden Betrag. Der Verein „atomstopp\_atomkraftfrei leben“ erhält jährlich 52.470,- Euro, der Verein „Anti Atom Komitee“ erhält jährlich 35.800,- Euro<sup>11</sup>. Mit diesen Förderungen soll hauptsächlich „die ablehnende Haltung des Landes Oberösterreich gegenüber der Atomkraft untermauert werden“. Eine vertiefte Bedarfsprüfung im Vorhinein durch die Direktion Finanzen fand nicht statt. Die Vereine wiesen den Zweck der Ausgabe lückenlos mit Verwendungsnachweisen nach.

- 33.2. Nach Ansicht des LRH sollte die Projektförderung gegenüber der allgemeinen Vereinsförderung weiter forciert werden und grundsätzlich allen (oberösterreichischen) Vereinen der Anti Atom Offensive des Landes zur Verfügung stehen. Darüber hinaus könnte die verwaltungstechnische Abwicklung und Kontrolle bei einer Stelle geschehen.

Nachdem der LRH im Vereinsbereich nicht unerhebliche Rücklagenbildungen feststellte, vertrat er die Meinung, dass die Mittel aus der Vereinsförderung generell nicht erhöht werden sollten.

- 34.1. Über den Verein „atomstopp\_atomkraftfrei leben“ wurden aus Mitteln der allgemeinen Vereinsförderung zumindest in einem Jahr Ausgaben an den tschechischen Verein OIZP gefördert. Eine derartige Vorgangsweise war aus dem Förderantrag nicht ersichtlich. Die Prüfung des Verwendungsnachweises erfolgte inhaltlich durch einen (anderen) Verein und nicht durch das Land Oberösterreich.
- 34.2. Der LRH stellte fest, dass der Direktion Finanzen im Jahr 2007 im Vorhinein nicht bekannt war, dass rd. 20.000,- Euro aus der an den Verein „atomstopp\_atomkraftfrei leben“ gewährten allgemeinen Vereinsförderung an den Verein OIZP zur Abdeckung des laufenden Aufwandes transferiert wurden. Aus Sicht des LRH hätte ein entsprechendes Förderansuchen des Vereines OIZP an die Direktion Finanzen vorliegen müssen. Die Prüfung des Verwendungsnachweises durch einen (anderen) Verein und nicht durch das Land Oberösterreich erachtete der LRH als keine zweckentsprechende Kontrolle. Solange die Förderungen aus zwei getrennten Förderschienen erfolgen, empfahl der LRH eine intensive Abstimmung aller beteiligten Fördergeber.

Insgesamt hielt der LRH die Kontrollmaßnahmen der Direktion Finanzen für angemessen.

11 Siehe Tabelle 1 im Anhang



## Zielerreichung, Wirtschaftlichkeit und Zweckmäßigkeit der Förderung der Anti Atom Vereine

### Aktivitätsportfolio der Vereine

- 35.1. Innerhalb des Anti Atom Portfolios ist bezugnehmend auf die Pakete 16 und 17 eine gewisse regionale und inhaltliche Aufteilung feststellbar.<sup>12</sup> Mehrere Vereine bearbeiteten über längere Zeit sehr ähnliche Tätigkeitsfelder.
- 35.2. Der LRH und der Anti Atom Beauftragte sind der Meinung, dass eine thematische Entflechtung der Projekte (höchstens zwei Vereine bearbeiten einen Schwerpunkt wie z.B. Schulvorträge, sauberer Strom, Bewusstseinsbildung, Information etc.) stattfinden sollte und die Vereine im Rahmen ihrer Kernkompetenzen tätig werden sollten.
- 36.1. Ein wesentlicher Punkt des Anti Atom Portfolios ist Bewusstseinsbildung und Information der Öffentlichkeit.
- 36.2. In einigen Fällen erkannte der LRH, dass oberösterreichische Vereine keine oder nur sehr wenig zusätzliche Information durch ihre Projekte generierten. Das heißt, dass die Vereine nur allgemein zugängliche oder bekannte Informationen zusammenfassten. Dies ist eine Tätigkeit, die u.a. auch von Medien, Internet-Foren oder von mündigen Bürgern und Steuerzahlern selbst wahrgenommen wird und die daher in einem schrittweise reduzierten Ausmaß gefördert werden sollte.
- 36.3. *Der Anti Atom Beauftragte meinte zu Punkt 36.2., dass angesichts der seit einigen Jahren spürbaren Offensive der internationalen Atomlobby, welche mit den Begriffen „Renaissance der Kernenergie“ oder „Atomkraft als Beitrag zum Klimaschutz“ einhergehe, es auch zu einer massiven Beeinflussung der Medien komme. Von der finanzkräftigen Atomlobby engagierte PR-Agenturen und mehrere internationale Netzwerke (allen voran Foratom) würden meist falsche Informationen über die angeblichen Vorteile der Kernenergie verbreiten. Durch teuer bezahlte Anzeigen werde Einfluss auf den redaktionellen Teil der Medienberichterstattung ausgeübt.*

*Allein die Firma CEZ<sup>13</sup> gäbe pro Jahr ein Vielfaches an den Gesamtkosten der Anti-Atom-Offensive des Landes Oberösterreich für Pro-Atom-PR aus. Es werde eine eigene PR-Agentur JLM engagiert, welche nicht nur in Tschechien, sondern auch in Österreich und Deutschland tätig sei. Zu ihren Aufgaben gehörten die Organisation von einseitigen Schulvorträgen, Medienarbeit und auch die Diffamierung der Atomgegner.*

*Aus den oben genannten Gründen sei es erforderlich, im Rahmen der Anti-Atom-Offensive des Landes Oberösterreich ein mediales Gegengewicht zu schaffen. Dies schließe auch fallweise die Wiederholung von bereits bekannten Sachverhalten ein, um einer ähnlichen Vorgangsweise der Gegenseite entgegenzuwirken. Der Generierung von eigenständig erarbeiteten Informationsinhalten müsse allerdings Vorrang eingeräumt werden.*

<sup>12</sup> Siehe Tabelle 4 im Anhang

<sup>13</sup> Anmerkung des LRH: ČEZ a.s. ist ein börsennotiertes Energie-Unternehmen aus Tschechien mit Unternehmenssitz in Prag.

*Die Oö. Akademie für Umwelt und Natur meinte zu Punkt 36.2.: Der Aussage, dass die Information und Bewusstseinsbildung der Anti-Atom-Vereine sich nicht mit allgemein bekannten Informationen begnügen dürfe, sei in gewisser Weise nachvollziehbar. Ergänzend dürfe jedoch darauf hingewiesen werden, dass die Information und Bewusstseinsbildung eine Kernaufgabe der Oö. Akademie für Umwelt und Natur gemäß Oö. Umweltschutzgesetz und Statut sei und auch für ausgelagerte Aktivitäten ein Auftrag sein solle. Selbstverständlich sollten das die Anti-Atom-Vereine in einer möglichst hohen Qualität in fachlicher Hinsicht als auch im Hinblick auf Objektivität und Seriosität erfüllen.*

- 37.1. Die zusätzlichen Bestimmungen des Anti Atom Beauftragten zu den Förderrichtlinien des Landes enthalten keine Regelungen, dass Vereine, die erstmals um eine Förderung ansuchen, einen entsprechend fokussierten (und inhaltlich oder methodisch neuen) Vereinszweck verfolgen müssen.
- 37.2. Nach Ansicht des LRH sollten die zusätzlichen Bestimmungen des Anti Atom Beauftragten zu den Förderrichtlinien des Landes um eine diesbezügliche Regelung ergänzt werden. Vereine die erstmals um eine Förderung im Rahmen der Anti Atom Offensive des Landes ansuchen, sollten durch ehrenamtlich tätige Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und die freiwillige Unterstützung von Mitgliedern gekennzeichnet sein.

Die Aktivitäten der neuen Vereine müssen das bisherige Aktivitätsportfolio der Anti Atom Offensive ergänzen. Vereine sollten nicht gefördert werden, wenn sie die gleichen Ziele wie bereits bestehende verfolgen. Die neu geförderten Vereine sollten eine Mindestanzahl an Mitgliedern, Förderern und Unterstützern haben, die als Multiplikatoren für die Anliegen der Vereine in der Bevölkerung wirken.

### **Zielerreichung der Vereinsförderung**

- 38.1. Der LRH bewertete nicht die politischen Entscheidungen, die Anti Atom Offensive durchzuführen. Er beurteilte die Wirtschaftlichkeit, Sparsamkeit und Zweckmäßigkeit des Einsatzes der Fördermittel im Wirkungszusammenhang der Tätigkeit der Vereine.
- 38.2. Die Fördermittel wurden durch die Vereine grundsätzlich widmungsgemäß verwendet. Aus Sicht des LRH wurden die Förderrichtlinien und der Zusatz zu diesen Richtlinien für Anti Atom Vereine eingehalten. Bezüglich der tschechischen Vereine fußt dieses Urteil wesentlich auf der Beurteilung des internen Kontrollsystems des Büros des Anti Atom Beauftragten durch den LRH. Dies gilt auch für den zwischenzeitlich behördlich aufgelösten Verein „Stop Temelin“, dem die Originale der Verwendungsnachweise physisch untergegangen sind.
- 38.3. *Die Oö. Akademie für Umwelt und Natur gab dazu folgende Stellungnahme ab: Bei der schwierigen Frage der Zielerreichung hätte man auch eine Einschätzung in Erwägung ziehen können, welche zusätzlichen Vorhaben im Zusammenhang mit der Atomkraftnutzung durch die Initiativen möglicherweise vermieden werden konnten. Eine abgesicherte und nicht als Spekulation einzustufende Aussage sei dazu allerdings schwer möglich.*



39.1. Von den Vereinen und vom Anti Atom Beauftragten werden als größte Erfolge ihrer Aktivitäten genannt:

- Festlegung konkreter Schließungsdaten für sieben besonders unsichere Reaktoren im Rahmen der EU- Erweiterung
- Meinungsänderung (Rückgang der Atomkraftbefürworter) in der tschechischen Bevölkerung
- Reduktion des Atomstroms im Mix der Energie AG Oberösterreich
- UVP Verfahren in Zusammenhang mit dem AKW Mochovce
- Verhinderung der Finanzierung von Mochovce durch österreichische Banken (Konzerne)
- Landtagsresolution zum Ausstieg aus EURATOM
- Vorzeitiger Austausch der Brennstäbe im AKW Temelin
- Bewusstseinsbildungsprozesse der Bevölkerung und Politik betreffend AKW Temelin
- Scheitern des Melk Prozesses bewusst gemacht
- Neuerliches Hochfahren von AKW Bohunice im Rahmen der Gaskrise verhindert

39.2. Ursprünglich wurde der Anti Atom Beauftragte als „Anti Temelin Beauftragter“ installiert. Dies bringt nach Meinung des LRH, ebenso wie der freie Dienstvertrag, in dem Temelin als wichtiges Thema angeführt ist, deutlich zum Ausdruck, dass die Nicht-Inbetriebnahme von Temelin bzw. die Erhöhung des Sicherheitsstandards ein wesentliches Ziel der Anti Atom Offensive und der Anti Atom Vereinsförderungen war und ist. Der LRH anerkannte zwar die oben angeführten Teilerfolge, hielt jedoch fest, dass Temelin in Betrieb ging. Selbst die oberösterreichischen Vereine gestehen ein, dass wesentliche Sicherheitsmerkmale des Kraftwerks nicht zufriedenstellend verbessert wurden. Nunmehr ist sogar ein Ausbau des Kraftwerks beantragt.

39.3. *Der Anti Atom Beauftragte meinte, dass die ausschließliche Fokussierung auf die Problematik des AKW Temelin nur in der in der Anfangsphase 1998-1999 vorhanden gewesen sei. Im Zuge der Behandlung der Problematik des AKW Temelin im Kontext der EU-Erweiterung sei rasch klar geworden, dass eine Erweiterung des Themenkreises auf die gesamte Problematik der nuklearen Sicherheit und der Behandlung radioaktiver Abfälle erforderlich sei. Dem sei auch offiziell Rechnung getragen worden, da ab dem Jahr 2003 von der Anti-Atom-Offensive des Landes Oberösterreich gesprochen werde.*

*Es hätten bedeutende Erfolge – allen voran die Schließung besonders gefährlicher Reaktoren – erreicht werden können. Besonders die Stilllegung des grenznahen AKW Bohunice brächte eine signifikante Erhöhung der nuklearen Sicherheit für Oberösterreich. Weiters habe der Widerstand gegen die Atomkraft in Tschechien wesentlich gestärkt werden können. Dies zeige sich in der überwältigenden Ablehnung des Endlagers an allen potentiellen (auch grenznahen) Standorten.*

*Die Inbetriebnahme der Blöcke 1 und 2 des AKW Temelin habe nicht verhindert werden können, bei der Beseitigung der Sicherheitsdefizite hätten jedoch Teilerfolge erzielt werden können. Die Behebung der in internationalen Berichten*

*hervorgehobenen Sicherheitsdefizite – mangelhafte Absicherung von Hochdruckleitungen auf der 28,8m-Bühne sowie die Qualifikation von Sicherheitsventilen - hätten bis heute nicht durchgesetzt werden können. Die Verantwortung für diesen sicherlich unbefriedigenden Zustand liege bei der Bundesregierung. Entgegen dem Verlangen des Landes Oberösterreich, eine verpflichtende Lösung im Rahmen des Kapitels Energie durchzusetzen, habe der damalige Bundeskanzler Dr. Schüssel das Melk-Abkommen verhandelt und habe dem Abschluss des Energiekapitels ohne entsprechende Sicherheiten zugestimmt. Aufgrund dieser mangelhaften Absicherung sei auch die zunächst angekündigte Verankerung des Melk-Abkommens im EU-Beitrittsvertrag gescheitert. Dies habe zur Folge, dass Tschechien dieses Abkommen nicht als völkerrechtlich verbindlich ansehen würde.*

*Trotzdem sei im Rahmen der Anti-Atom-Offensive des Landes Oberösterreich Druck in Richtung der Verbesserung der Sicherheit aufgebaut worden, einige sicherheitsrelevanten Punkte seien erledigt worden. Das AKW Temelin sei einer genauen Kontrolle unterzogen worden, so hätten viele Störfälle identifiziert und auch in der Öffentlichkeit erörtert werden können. Diese scharfe Beobachtung habe auch zur Aufdeckung der schwerwiegenden Probleme mit Deformationen des nuklearen Brennstoffes beigetragen. Anschließend habe Oberösterreich unter Mitwirkung der NGO's eine für den Betreiber extrem kostspielige Behebung dieses schwerwiegenden Sicherheitsproblems durchsetzen können.*

*Die jahrelange kritische Diskussion der Sicherheitsprobleme des AKW Temelin habe wesentlich dazu beigetragen, dass die ursprünglich anvisierte Fertigstellung von zwei weiteren WWER-1000-Reaktoren sowjetischer Bauart am Standort Temelin endgültig aufgegeben worden sei.. Ursprünglich wären vier Reaktoren dieses Typs geplant gewesen, Vorbereitungsarbeiten seien bereits durchgeführt worden. Die aktuell diskutierte Erweiterung des AKW Temelin stelle ein völlig neues Projekt dar, das im Zuge der „Renaissance der Kernenergie“ entwickelt werde. Die Fertigstellung veralteter sowjetischer Reaktoren, wie im slowakischen Mochovce, sei in diesem Fall völlig ausgeschlossen.*

- 40.1. In einer Evaluierung aus dem Jahr 2006 durch ein renommiertes externes Beratungsunternehmen heißt es dazu: „... aus der geringen Chance, eine Schließung des AKW Temelin zu erreichen“ darf nicht „der Schluss gezogen werden, die Unterstützung der Anti Atom Aktivitäten einzustellen oder zu reduzieren.“

Wie der LRH feststellte, verfestigten sich die personellen und organisatorischen Strukturen der Anti Atom Vereine in OÖ immer mehr. Es gibt Konflikte zwischen den Vereinen hinsichtlich Strategie und Zusammenarbeit. Die Vereine verfolgen hinsichtlich einzelner Teilziele der Anti Atom Offensive diametrale Ansätze, wie z.B. beim EURATOM-Ausstieg, beim Projekt Atombank sowie bei den Möglichkeiten zur Einhaltung des Melker Prozesses.

Außer den vom Land OÖ geförderten Vereinen sind zahlreiche andere NGOs auf dem Gebiet des Kampfes gegen die Atomkraft in Europa tätig.

- 40.2. Der LRH ist der Ansicht, dass die Formulierung operationalisierbarer Zwischenziele (eine Ebene höher als die in den Projekten vorgegebenen Ziele) unerlässlich ist. Diese Zwischenziele sollten aus einer Gesamtstrategie, unter der eine Zusammenfassung der Aktivitäten der Anti Atom Offensive des Landes erfolgt, abgeleitet werden.

Der LRH anerkannte die Bemühungen der Anti Atom Vereine. Er stellte allerdings fest, dass das Ziel der Stilllegung des AKW Temelin bisher nicht erreicht werden konnte. Aus Sicht des LRH führte dies im Laufe der Zeit zu einer Ausweitung der Vereinsaktivitäten in Hinblick auf die gänzliche Verhinderung der Atomkraft in ganz Europa.

Die Anti Atom Vereine sollten durch geeignete Fördermaßnahmen, soweit dies der Zielerreichung dient, zur Zusammenarbeit motiviert werden. Die „Ausschreibung“ von Projekten sollte forciert werden.

Die Förderungen, die von ausgeschiedenen Vereinen (z.B. „Stop Temelin“) nicht mehr in Anspruch genommen werden, sollten eingespart und nicht auf neue Vereine verteilt werden.

*40.3. Das Land teilte zu Punkt 40.2. mit, dass das Land ausschließlich Projekte fördere, die der Strategie des Landes entsprechen.*

*Der Anti Atom Beauftragte gab zu Punkt 40.2. an, dass bereits in der Anfangsphase der Anti-Atom-Offensive, die sich ausschließlich auf die Problematik des AKW Temelin konzentriert habe, sich die Einbeziehung der EU-Ebene als unerlässlich herausgestellt habe. Es seien mehrere Resolutionen des EU-Parlaments zur Problematik des AKW Temelin initiiert worden. Schließlich habe gerade die EU-Erweiterung im Bezug auf die Problematik des AKW Temelin eine herausragende Bedeutung gewonnen.*

*Im Rahmen der Anti-Atom-Offensive sei die Linie vertreten worden, wonach die Sicherheitsproblematik des AKW Temelin im Rahmen der EU-Erweiterung verpflichtend geregelt werden sollte. Leider habe die damalige Bundesregierung durch die Verhandlung des sog. Melk-Abkommens einen anderen Weg gewählt. Schließlich sei die zunächst anvisierte Verankerung des Melk-Abkommens im Beitrittsvertrag wegen mangelhafter Absicherung mißlungen. Dadurch hätte das Melk-Abkommen stark an Gewicht eingebüßt.*

*Unbeachtet des unbefriedigenden Zustandes beim AKW Temelin habe jedoch die gesamte Problematik der nuklearen Sicherheit in den neuen EU-Ländern auf der EU-Ebene thematisiert werden können. In der Folge sei es zur Verankerung von verpflichtenden Schließungsterminen von 7 gefährlichen Reaktoren im EU-Beitrittsvertrag gekommen. Der letzte dieser Reaktoren im litauischen Ignalina werde mit Jahresende stillgelegt. Für Oberösterreich sei die bereits mit Ende 2006 bzw. Ende 2008 erfolgte Stilllegung der besonders gefährlichen Reaktoren im slowakischen Bohunice von überragender Bedeutung. Die nukleare Sicherheit habe sich durch diesen wichtigen Schritt wesentlich erhöht.*

*Aufgrund der oben dargelegten Tatsachen werde die Bedeutung des Engagements auf der EU-Ebene ersichtlich. Gerade das heute aktuellste Thema – der Missbrauch der Klimaproblematik als Argument für eine Renaissance der Kernenergie - könne ausschließlich auf der EU-Ebene bearbeitet werden. Allerdings dürften konkrete zielgerichtete Aktivitäten nicht mit einem diffusen Ziel eines „europaweiten Atomausstiegs“ verwechselt werden. Im Rahmen des jährlich stattfindenden Strategiebeirates werde sichergestellt, dass konkrete Schwerpunkte der Anti-Atom-Offensive festgelegt werden.*

## Demonstrationen

- 41.1. Nach Angaben von Vereinen haben Repräsentanten der Vereine auch an Veranstaltungen teilgenommen, bei denen es zu (teilweise nicht bei der zuständigen Verwaltungsbehörde angemeldeten) Versammlungen auf Straßen gekommen ist. Es gibt nach Wissensstand des LRH keinen Beschluss des Landes Oberösterreich, der die Anti Atom Förderung von Versammlungen bzw. Demonstrationen befürwortet oder ausschließt. Während der vorliegenden Prüfung wird das Bundesstraßengesetz hinsichtlich der rechtlichen Zulässigkeit von Versammlungen novelliert.
- 41.2. Fördergelder dürfen nicht für illegale Aktivitäten gewährt werden. Aus Sicht des LRH sollte in den Ergänzungen der Förderrichtlinien des Anti Atom Beauftragten eine Bestimmung aufgenommen werden, wonach Förderungsbeträge des Landes Oberösterreich nicht für die Organisation von und Teilnahme an nicht angemeldeten oder von österreichischen Behörden untersagten Versammlungen verwendet werden dürfen.
- 41.3. *Der Anti Atom Beauftragte teilte dazu mit, dass von seinem Büro bei der Kontrolle der Projektförderungen immer streng darauf geachtet worden sei, dass es zu keiner Förderung der Teilnahme an behördlich nicht genehmigten Aktionen komme. Nach einer umfangreichen und widersprüchlichen Diskussion seien für die Projektpakete 17 und 18 sogar alle mit Grenzblockaden verbundenen Aktivitäten von der Förderung im Rahmen der Anti-Atom-Offensive des Landes Oberösterreich ausgeschlossen worden. Es müsse jedoch auf die Tatsache hingewiesen werden, dass im Falle von Kofinanzierungen grundsätzlich die Möglichkeit bestehe, Fördermittel von anderen Geldgebern für solche Aktivitäten einzusetzen, sofern dies die Richtlinien von anderen Förderstellen ermöglichten. Falls illegale Aktivitäten von NGO's außerhalb der geförderten Projekte gesetzt würden, so gäbe es derzeit überhaupt keine Möglichkeit, dieses Verhalten zu beeinflussen, da die allgemeinen Förderrichtlinien für solche Fälle keine Sanktionsmechanismen beinhalten würden.*

### Anhang

#### 10 Beilagen

Linz, am 12. April 2010

Dr. Helmut Brückner

Direktor des Oö. Landesrechnungshofes

## ANHANG

Verein	Projektförderung 2008	Vereinsförderung 2008	Summe Förderung 2008	Anteil
Anti Atom Komitee	70.285,10	35.800,00	106.085,10	21,99%
atomstopp_atomkraftfrei leben	44.532,65	52.470,00	97.002,65	20,11%
Havarijni Zone	62.629,77	0,00	62.629,77	12,98%
Antiatom Szene	58.066,71	0,00	58.066,71	12,04%
OIZP	41.056,00	0,00	41.056,00	8,51%
Jihoceske Matky	40.545,00	0,00	40.545,00	8,40%
WISE	18.253,00	0,00	18.253,00	3,78%
Stop Temelin	15.689,15	0,00	15.689,15	3,25%
Calla	12.631,00	0,00	12.631,00	2,62%
Hnuti Duha	12.399,79	0,00	12.399,79	2,57%
Spotrebitele proti monopolu	10.353,00	0,00	10.353,00	2,15%
Ocelot	5.578,00	0,00	5.578,00	1,16%
Mütter gegen Atomgefahr	2.147,70	0,00	2.147,70	0,45%
<b>Summe</b>	<b>394.166,87</b>	<b>88.270,00</b>	<b>482.436,87</b>	<b>100,00%</b>

Tabelle 1: Verteilung der Fördermittel 2008

Verein	Projektförderung Paket 17 (12 Monate)	Projektförderung Paket 16 (18 Monate)	Summe Paket 16 und Paket 17	Anteil
Anti Atom Komitee	74.085,95	111.129,10	185.215,05	18,59%
atomstopp_atomkraftfrei leben <sup>14</sup>	46.692,67	106.084,65	152.777,32	15,34%
Havarijni Zone	68.677,36	111.786,77	180.464,13	18,12%
Antiatom Szene	53.562,34	36.161,89	89.724,23	9,01%
OIZP	45.570,37	28.698,00	74.268,37	7,46%
Jihoceske Matky	43.487,52	54.582,00	98.069,52	9,85%
WISE	17.998,89	38.512,00	56.510,89	5,67%
Stop Temelin	5.000,00	37.129,15	42.129,15	4,23%
Calla	13.750,00	16.295,00	30.045,00	3,02%
Hnuti Duha	14.708,07	17.772,00	32.480,07	3,26%
Spotrebitele proti monopolu	7.800,00	25.515,00	33.315,00	3,34%
Ocelot	5.960,00	8.100,00	14.060,00	1,41%
Mütter gegen Atomgefahr	0,00	7.052,70	7.052,70	0,71%
<b>Summe</b>	<b>397.293,17</b>	<b>598.818,26</b>	<b>996.111,43</b>	<b>100,00%</b>

Tabelle 2: Projektförderung Paket 16 und 17

<sup>14</sup> inkl. der an den Verein OIZP weitergeleiteten Projektförderungsmittel (siehe auch Pkt. 10.1.)

Verein	Projektförderung Paket 17	Personalkosten Paket 17	Anteil
Anti Atom Komitee	74.085,95	54.655,70	73,77%
atomstopp_atomkraftfrei leben	46.692,67	28.431,83	60,89%
Havarijni Zone	68.677,36	20.254,50	29,49%
Antiatom Szene	53.562,34	32.444,33	60,57%
OIZP	45.570,37	26.727,04	58,65%
Jihoceske Matky	43.487,52	28.828,01	66,29%
WISE	17.998,89	9.061,72	50,35%
Stop Temelin	5.000,00	5.000,00	100,00% <sup>15</sup>
Calla	13.750,00	7.351,03	53,46%
Hnuti Duha	14.708,07	8.160,34	55,48%
Spotrebitele proti monopolu	7.800,00	0,00	0,00%
Ocelot	5.960,00	3.547,00	59,51%
Mütter gegen Atomgefahr	0,00	0,00	0,00%
<b>Summe</b>	<b>397.293,17</b>	<b>224.461,50</b>	<b>56,50%</b>

Tabelle 3: Personalkosten Paket 17

<sup>15</sup> Annahme des LRH, dass es sich bei der Erstellung von Filmbeiträgen zu 100% um Personalkosten handelt

Projektthemen	Paket 16 Vereine	Paket 17 Vereine
Information Öffentlichkeit, Allgemeine Informationen Infozentrum – Infoaktionen Infozentrum Lubenec Alternatives Info-Service Zelena Zivotu Zeitung „Grün des Lebens“ Info Temelin Melk Melker Prozess Temelin	atomstopp, OIZP Jihoceske Matky Ocelot Stop Temelin, WISE Havarijni Zone OIZP Anti Atom Komitee, atomstopp, OIZP Proti monopolu, Jihoceske Matky	Jihoceske Matky Ocelot WISE Havarijni Zone, OIZP Anti Atom Komitee, atom- stopp Proti monopolu, WISE
Schulvorträge	Anti Atom Komitee (Oö., CZ), OIZP, Jihoceske Matky	Anti Atom Komitee, OIZP Jihoceske Matky
Energy Policy, Non Nuclear Energy, Energiekonzeption		WISE, Hnuti Duha, Hava- rijni Zone
Kein Atomstrom in Österreich Infokampagne - Kein Atomstrom nach Österr. Sauberer Strom-Verhinderung von Atomstromimporten	Anti Atom Komitee atomstopp	Anti Atom Komitee
EURATOM-Vertrag Ausstieg u. Reform	atomstopp	atomstopp
Endlagerungslokaltäten, Nuklear-Abfall	Hnuti Duha, Calla	Hnuti Duha
Rechtsschritte gegen Temelin	Havarijni Zone	Havarijni Zone
Schulwettbewerb		Antiatom Szene
Anti Atom Brettspiel (Entwicklung und Produktion)	Antiatom Szene	Antiatom Szene
Gewinnspiel (an Schulen)	Antiatom Szene	
Zwentendorf (Gedenkveranstaltung)		Antiatom Szene
Atombank (Verhinderung Finanzierung AKW Mochovce)		Antiatom Szene
Atomgesetz (Änderung des tschechischen Gesetzes)		Calla, Hnuti Duha
Workshop Vernetzung (deutsche Organisationen)	Antiatom Szene	
Kollaudierung AKW Temelin (Sicherheitsmängel)	Stop Temelin	
Seminar „Kernenergetik in Tschechien“		Jihoceske Matky
Wanderausstellung (Atomenergie-erneuerbare Energie)	Jihoceske Matky	
Uranförderung (in Tschechien)		Calla
Verhinderung der Förderungen von Atomenergie	atomstopp	
atom-stopp-oberösterreich AKTIV, Kernthemen Temelin, EURATOM (Messestände u.ä.)	Mütter gegen Atomgefahr	
Filmkiste/Bücherbord/Infokiste für Tschechien	Mütter gegen Atomgefahr	

Tabelle 4: Projektthemen der Pakete 16 und 17





Büro Landesrat

**Rudi Anschober**

Landesrat für Umwelt, Energie,  
Wasser und KonsumentInnenenschutz

4021 Linz, Promenade 37



Aktenzeichen: LrAn-160012/16-2010-kp/ha

Bearbeiterin: HR Mag.<sup>a</sup> Karin Pindur

Telefon: 0732 / 7720-12081

Fax: 0732 / 7720-12099

E-mail: LR.Anschober@ooe.gv.at

Oö. Landesrechnungshof  
Promenade 31  
4020 Linz

5. März 2010

OÖ. Landesrechnungshof	
Eingel.	10. März 2010
LrAn	130008/22 Blg. 0

LF

### Initiativprüfung Förderung von Anti-Atom-Vereinen; Stellungnahme

Sehr geehrte Damen und Herren!

Zum Endbericht betreffend Initiativprüfung „Förderung von Anti-Atom-Vereinen“  
(Besprechungsunterlage vom 18.02.2010) möchte ich ergänzend noch folgendes darstellen:

Hinsichtlich der anti-atom politischen Zielsetzungen besteht in Österreich über Parteigrenzen hinweg weitgehend Einigkeit, die politischen Ziele diesbezüglich sind bekannt und wurden daher auf Bundes- oder Länderebene bislang immer in den Regierungserklärungen bzw Koalitionsvereinbarungen festgeschrieben. Allerdings wurde vom Anti-Atom-Beauftragten des Landes Oberösterreich für die Legislaturperiode bis 2015 nunmehr ein Anti- Atom – Plan vorgelegt, in dem nicht nur die Rahmenbedingungen der Anti- Atom Politik des Landes, sondern auch die übergeordneten qualitativen Ziele dargestellt werden. Dieser Anti- Atom Plan wurde dem Landesrechnungshof ja bereits übermittelt.

Wie ich bereits mündlich zur Anti-Atom-Offensive bzw. Anti-Atom-Strategie des Landes Oberösterreich dargelegt habe, wurden von mir im Umweltausschuss des Oö. Landtages seit Jänner 2005 halbjährlich ausführliche Berichte über die durchgeführten und über die im jeweiligen Halbjahr geplanten Aktivitäten Oberösterreichs im Anti- Atom Bereich erstattet und mit den Abgeordneten die weiteren Schritte beraten. Diese Berichte umfassten zunächst die Aktivitäten zur Stilllegung des AKW Temelin, später, als die Ausbaupläne von Mochovce bekannt wurden, auch jene zum Atomkraftwerk Mochovce sowie Maßnahmen zur Einhaltung des Melker Abkommens bzw. den Ausstieg aus dem EURATOM Vertrag.

DVR.0069264 <http://www.ooe.gv.at>

**Wir arbeiten für Ihre Lebensqualität!**

[www.anschober.at](http://www.anschober.at)





Dabei wurde auch berücksichtigt, dass durch die EU Erweiterung (insbesondere durch den Beitritt von Tschechien und der Slowakei) auf europäischer Ebene eine andere Ausgangssituation entstanden ist und somit im Bericht auch jene Maßnahmen zur Bekämpfung der Atomenergie dargelegt, die die Oö. Landesregierung aufgrund dieser, durch die EU-Erweiterung geänderten, Situationen ergriff.

Daneben wurde in der Anti-Atom-Offensive des Landes Oberösterreich selbstverständlich jeweils auf aktuelle politische und faktische Entwicklungen und somit auf geänderte Situationen Bedacht genommen. Auch darüber wurde jeweils im Umweltausschuss des Oö. Landtages berichtet, wobei den Mitgliedern des Umweltausschusses nicht nur die nächsten Schritte und geplanten Maßnahmen zur Kenntnis gebracht wurden, sondern sich diese im Rahmen der Diskussion der präsentierten Berichte auch aktiv in die konkrete Maßnahmenplanung einbrachten.

Ebenfalls im Durchschnitt wird seit 2003 vom Umweltreferenten ein Anti-Atomgipfel einberufen, an dem jeweils alle Landtagsparteien, der Anti-Atombeauftragte, Regierungsmitglieder und alle NGO's teilnehmen.

Dabei wird über die aktuelle Entwicklung informiert und über die strategische Ausrichtung der Arbeiten beraten und diese festgelegt. In keinem anderen landespolitischen Bereich gibt es eine derart breite und intensive strategische Diskussion und Planung.

Ein weiterer, wesentlicher Punkt waren anlassbezogene Allianzen mit anderen Bundesländern, um gemeinsam bestimmte Anliegen der Länder beim Bund besser vertreten zu können- zuletzt wurde dies im Rahmen des UVP Verfahrens Mochovce unternommen, um durch gemeinsamen Druck auf das Umweltministerium zu erreichen, dass beim grenzüberschreitenden UVP-Verfahren die Fragen der fehlenden Sicherheitseinrichtungen verstärkt thematisiert werden.

Daneben gab es im Rahmen der Konferenz der Landes-Umweltreferenten (LURK) auch Bemühungen, die Anti-Atom-Strategien der einzelnen Bundesländer zu bündeln und eine bessere Vernetzung der Bundesländer zu erreichen.

So befasste sich die Landes-Umweltreferentenkonferenz in ihrer Tagung im Juni 2008 auch mit dem Thema „Anti-Atom-Politik“ und fasste dazu den einstimmigen Beschluss, wonach sich einerseits die Bundesregierung insbesondere für eine verpflichtende Anwendung von grenzüberschreitenden UVP-Verfahren entsprechend des EU-UVP-Rechtes und des ESPOO-Konvention einsetzen möge und andererseits der Bundesminister in der Bundesregierung auf ein stärkeres Engagement gegen die drohenden AKW-Projekte Mochovce 3 und 4, Temelin 3 und 4, Bohunice 5 und alle weiteren AKW-Projekte mit unmittelbarer Auswirkung auf Österreich drängen möge.

Darüber hinaus ist festzustellen, dass die Energiepolitik des Landes Oberösterreich generell einen Teil der Anti-Atom-Politik des Landes darstellt. So hat der Oö. Landtag im Juli 2007 den Beschluss gefasst, schrittweise auf erneuerbare Energie umzustellen, wobei 148 konkrete Umsetzungsmaßnahmen in der Oö. Landesregierung beschlossen wurden. Ziel dieser Energiestrategie ist es demnach, schrittweise in Oberösterreich bei Wärme und Strom auf erneuerbare Energie umzusteigen und damit die CO<sub>2</sub>-Emissionen und die Energieimporte zu senken. Das Oö. Energiekonzept, die „Energiezukunft 2030“ ist nicht als isolierte politische Konzeption zu sehen, sondern deckt sich in seinen energiepolitischen Grundzügen mit den Zielen der Europäischen Kommission bzw. der Europäischen Union.

Neben einer 20% Steigerung der Energieeffizienz, einer 20% Verringerung der Treibhausgasemissionen bis 2020 soll ein Zielwert von 20% des Anteils von erneuerbaren Energieträgern am Brutto-Inlandsverbrauch der Europäischen Union im Jahr 2020 erreicht werden, wobei Oberösterreich auf Grund seiner Beschlüsse zur „Energiezukunft 2030“ deutlich zeigt, dass eine Energiepolitik auch ohne Atomkraftwerke möglich ist und ist somit das beste Zeichen einer Anti-Atom-Politik des Landes Oberösterreich. Dies ist neben dem Klimaschutz das Hauptziel der Energiewende 2030.

Mit freundlichen Grüßen



**Landesrat  
Rudi Anschober**

**Amt der Oö. Landesregierung**  
Direktion Umwelt und Wasserwirtschaft  
Oö. Akademie für Umwelt und Natur  
4021 Linz • Kärntnerstraße 10 - 12

Geschäftszeichen:  
**UAK-010373/424-2010-Re**

An den  
Oö. Landesrechnungshof  
zHd. Herrn Mag. Franz Bauer  
Promenade 31  
4021 Linz

Bearbeiter: Dipl.-Ing. Wolfgang Rescheneder  
Tel: (+43 732) 77 20-144 01  
Mobil: (+43 664) 600 72-144 01  
Fax: (+43 732) 77 20-214420  
E-Mail: uak.post@ooe.gv.at

[www.land-oberoesterreich.gv.at](http://www.land-oberoesterreich.gv.at)

Linz, 17. März 2010

### **Initiativprüfung Förderung von Anti Atom Vereinen; Stellungnahme**

Sehr geehrte Damen und Herren,

nach Durchsicht der Besprechungsunterlage Exemplar Nr. 5 vom 18. Februar 2010 kann ich mitteilen, dass aus meiner Sicht keine weiteren Ergänzungen erforderlich sind, die über meine Stellungnahme vom 19. November 2009 und jene von Herrn Radko Pavlovec vom 9. März 2010 hinausgehen.

Eine Reihe der im Bericht angeregten Maßnahmen sind bereits in Bearbeitung. Einige Vorschläge sind von grundsätzlicher Natur (beispielsweise jene in 36.2), die eine Abstimmung auf politischer Ebene erfordern.

Mit freundlichen Grüßen



Dipl.-Ing. Wolfgang Rescheneder

#### **Hinweis:**

Wenn Sie mit uns schriftlich in Verbindung treten wollen, richten Sie Ihr Schreiben bitte an das Amt der Oö. Landesregierung, Direktion Umwelt und Wasserwirtschaft / Oö. Akademie für Umwelt und Natur, Kärntnerstraße 10 - 12, 4021 Linz, und führen Sie das Geschäftszeichen dieses Schreibens an.

Amt der Oö. Landesregierung  
Direktion Umwelt und Wasserwirtschaft  
Oö. Akademie für Umwelt und Natur  
4021 Linz • Kärntnerstraße 10 - 12

Geschäftszeichen:  
UAK-010373/417-2009-Re

An den  
Oö. Landesrechnungshof  
Promenade 31  
4020 Linz

Bearbeiter: Dipl.-Ing. Wolfgang Rescheneder  
Tel: (+43 732) 77 20-144 01  
Mobil: (+43 664) 600 72-144 01  
Fax: (+43 732) 77 20-214420  
E-Mail: uak.post@ooe.gv.at

[www.land-oberoesterreich.gv.at](http://www.land-oberoesterreich.gv.at)

Linz, 19. November 2009

## **Initiativprüfung Förderung von Anti-Atom- Vereinen; Stellungnahme**

Sehr geehrte Damen und Herren!

Zum Endbericht betreffend die gegenständliche Initiativprüfung (Besprechungsunterlage vom 9. Oktober 2009) erlaube ich mir folgende Ergänzungen:

### **Zu 7.1:**

Das Pilotprojekt "Flexibilisierungsklausel" gibt der Dienststelle verstärkt die Möglichkeiten für unternehmerische Entscheidungen im Hinblick auf einen effizienten und effektiven Einsatz der Mittel. Auch im Büro des Anti-Atom-Beauftragten werden diese Möglichkeiten wahrgenommen.

### **Zu 7.2:**

Es wird die Kostenrechnung des Amtes der Oö. Landesregierung sowie auch die Stundenaufzeichnungen entsprechend dem Produktkatalog der Oö. Akademie für Umwelt und Natur durchgeführt. Auf der Basis dieser Aufzeichnungen liegen die anteiligen Förderverwaltungs-kosten für das Jahr 2008 bei 13,7 %. Die Definition des Aufwands für die Förderverwaltung erlaubt allerdings einen erheblichen Interpretationsspielraum, weil dabei in einem gewissen Ausmaß auch beratende und planende Aufgaben enthalten sind.

### **Zu 56.2:**

Wie bereits bei der Besprechung am 9. Oktober klarge-stellt wurde, wird das Medienmonitoring von einer externen Firma im Auftrag des Büros des Anti-Atom-Beauftragten vorgenommen und die Ergebnisse den Vereinen zur Verfügung gestellt. Eine Förderung der Kosten für ein Medienmonitoring wird daher den Anti-Atom-Vereinen nicht gewährt.

### **Zu 69.2:**

Der Aussage, dass die Information und Bewusstseinsbildung der Anti-Atom-Vereine sich nicht mit allgemein bekannten Informationen begnügen darf, ist in gewisser Weis nachvollziehbar. Ergänzend darf jedoch darauf hingewiesen werden, dass die Information und Bewusstseinsbildung eine Kernaufgabe der Oö. Akademie für Umwelt und Natur gemäß Oö. Umweltschutzgesetz und Statut ist und auch für ausgelagerte Aktivitäten ein Auftrag sein soll. Selbstverständlich sollen das die Anti-Atom-Vereine in einer möglichst hohen Qualität in fachlicher Hinsicht als auch im Hinblick auf Objektivität und Seriosität erfüllen.

**Zu 72.2:**

Bei der schwierigen Frage der Zielerreichung könnte man auch eine Einschätzung in Erwägung ziehen, welche zusätzlichen Vorhaben im Zusammenhang mit der Atomkraftnutzung durch die Initiativen möglicherweise vermieden werden konnten. Eine abgesicherte und nicht als Spekulation einzustufende Aussage ist dazu allerdings schwer möglich.

Abschließend bedanke ich mich für die konstruktive Arbeit bei der Erstellung und Erörterung dieses Berichts und zeichne mit freundlichen Grüßen

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Rescheneder', with a stylized flourish at the end.

Dipl.-Ing. Wolfgang Rescheneder

**Schachermayr, Andrea**

---

**Von:** ANTIATOM.EU Pavlovec [pavlovec@antiatom.eu]  
**Gesendet:** Mittwoch, 10. März 2010 11:18  
**An:** Bauer, Franz  
**Cc:** Post, Tem; Loidl, Gerhard; Pindur, Karin  
**Betreff:** Stellungnahme zum LRH-Bericht "Anti-Atom-Vereine"  
**Anlagen:** 2010\_03\_09 Stellungnahme RP zum LRH-Bericht.doc



Sehr geehrter Herr Mag. Bauer,

anbei meine Stellungnahme zum LRH-Bericht wie am 23. Februar besprochen.

Mit freundlichen Grüßen

Radko Pavlovec  
Anti-Atom-Beauftragter des Landes Oberösterreich

Büro Linz  
Promenade 37  
4021 Linz

Tel +43 (732) 7720-15781  
Fax +43 (732) 7720-15783  
Mobil +43 (664) 421 74 91  
Email [tem.post@ooe.gv.at](mailto:tem.post@ooe.gv.at)

Aktuelle Informationen zu den AKW's Temelin und Mochovce  
sowie zu wichtigen Aspekten der Kernenergienutzung  
finden Sie auf unseren Internetseiten

[WWW.TEMELIN.COM](http://WWW.TEMELIN.COM)  
[WWW.MOCHOVCE.COM](http://WWW.MOCHOVCE.COM)



## Stellungnahme zum Endbericht des LRH – Prüfung der Anti-Atom-Vereine

Radko Pavlovec, 9. März 2010

-----

15.3.

Konflikte unter den im Rahmen der Anti-Atom-Offensive tätigen Vereinen kommen fallweise vor. Vom Büro des Anti-Atom-Beauftragten wird sichergestellt, dass die unterschiedlichen Auffassungen keine oder nur geringfügige Auswirkungen auf die Erreichung der gemeinsamen Ziele sowie die Qualität der Projekte haben. Dies geschieht unter anderem durch thematische Entflechtung. Der erforderliche Kontakt zwischen den Organisationen erfolgt im Rahmen des zu diesem Zweck eingerichteten Internetforums sowie in Strategiesitzungen. Grundsätzlich werden nur solche Projekte gefördert, welche sich an den im Rahmen des Strategiebeirates beschlossenen Schwerpunkten orientieren.

29.3.

Zu diesem Punkt wurde am 23. Februar 2010 bereits eine Stellungnahme eingebracht.

36.3.

Angesichts der seit einigen Jahren spürbaren Offensive der internationalen Atomlobby, welche mit den Begriffen „Renaissance der Kernenergie“ oder „Atomkraft als Beitrag zum Klimaschutz“ einhergeht, kommt es auch zu einer massiven Beeinflussung der Medien. Von der finanzkräftigen Atomlobby engagierte PR-Agenturen und mehrere internationale Netzwerke (allen voran Foratom) verbreiten meist falsche Informationen über die angeblichen Vorteile der Kernenergie. Durch teuer bezahlte Anzeigen wird Einfluss auf den redaktionellen Teil der Medienberichterstattung ausgeübt.

Allein die Firma CEZ gibt pro Jahr ein Vielfaches an den Gesamtkosten der Anti-Atom-Offensive des Landes Oberösterreich für Pro-Atom-PR aus. Es wurde eine eigene PR-Agentur JLM engagiert, welche nicht nur in Tschechien, sondern auch in Österreich und Deutschland tätig ist. Zu ihren Aufgaben gehört die Organisation von einseitigen Schulvorträgen, Medienarbeit und auch die Diffamierung der Atomgegner.

Aus den oben genannten Gründen ist es erforderlich, im Rahmen der Anti-Atom-Offensive des Landes Oberösterreich ein mediales Gegengewicht zu schaffen. Dies schließt auch fallweise die Wiederholung von bereits bekannten Sachverhalten ein, um einer ähnlichen Vorgangsweise der Gegenseite entgegenzuwirken. Der Generierung von eigenständig erarbeiteten Informationsinhalten muss allerdings Vorrang eingeräumt werden.

39.3.

Die ausschließliche Fokussierung auf die Problematik des AKW Temelin war nur in der in der Anfangsphase 1998-1999 vorhanden. Im Zuge der Behandlung der Problematik des AKW Temelin im Kontext der EU-Erweiterung wurde rasch klar, dass eine Erweiterung des Themenkreises auf die gesamte Problematik der

nuklearen Sicherheit und der Behandlung radioaktiver Abfälle erforderlich ist. Dem wurde auch offiziell Rechnung getragen, da ab dem Jahr 2003 von der Anti-Atom-Offensive des Landes Oberösterreich gesprochen wird.

Es konnten bedeutende Erfolge – allen voran die Schließung besonders gefährlicher Reaktoren – erreicht werden. Besonders die Stilllegung des grenznahen AKW Bohunice brachte eine signifikante Erhöhung der nuklearen Sicherheit für Oberösterreich. Weiters konnte der Widerstand gegen die Atomkraft in Tschechien wesentlich gestärkt werden. Dies zeigt sich in der überwältigenden Ablehnung des Endlagers an allen potentiellen (auch grenznahen) Standorten.

Die Inbetriebnahme der Blöcke 1 und 2 des AKW Temelin konnte nicht verhindert werden, bei der Beseitigung der Sicherheitsdefizite konnten jedoch Teilerfolge erzielt werden. Die Behebung der in internationalen Berichten hervorgehobenen Sicherheitsdefizite – mangelhafte Absicherung von Hochdruckleitungen auf der 28,8m-Bühne sowie die Qualifikation von Sicherheitsventilen - konnte bis heute nicht durchgesetzt werden. Die Verantwortung für diesen sicherlich unbefriedigenden Zustand liegt bei der Bundesregierung. Entgegen dem Verlangen des Landes Oberösterreich, eine verpflichtende Lösung im Rahmen des Kapitels Energie durchzusetzen, verhandelte der damalige Bundeskanzler Dr. Schüssel das Melk-Abkommen und stimmte dem Abschluss des Energiekapitels ohne entsprechende Sicherheiten zu. Aufgrund dieser mangelhaften Absicherung scheiterte auch die zunächst angekündigte Verankerung des Melk-Abkommens im EU-Beitrittsvertrag. Dies hat zur Folge, dass Tschechien dieses Abkommen nicht als völkerrechtlich verbindlich ansieht.

Trotzdem wurde im Rahmen der Anti-Atom-Offensive des Landes Oberösterreich Druck in Richtung der Verbesserung der Sicherheit aufgebaut, einige sicherheitsrelevanten Punkte wurden erledigt. Das AKW Temelin wurde einer genauen Kontrolle unterzogen, so konnten viele Störfälle identifiziert und auch in der Öffentlichkeit erörtert werden. Diese scharfe Beobachtung trug auch zur Aufdeckung der schwerwiegenden Probleme mit Deformationen des nuklearen Brennstoffes bei. Anschließend konnte Oberösterreich unter Mitwirkung der NGO's eine für den Betreiber extrem kostspielige Behebung dieses schwerwiegenden Sicherheitsproblems durchsetzen.

Die jahrelange kritische Diskussion der Sicherheitsprobleme des AKW Temelin trug wesentlich dazu bei, dass die ursprünglich anvisierte Fertigstellung von zwei weiteren WWER-1000-Reaktoren sowjetischer Bauart am Standort Temelin endgültig aufgegeben wurde. Ursprünglich waren vier Reaktoren dieses Typs geplant, Vorbereitungsarbeiten wurden bereits durchgeführt. Die aktuell diskutierte Erweiterung des AKW Temelin stellt ein völlig neues Projekt dar, das im Zuge der „Renaissance der Kernenergie“ entwickelt wurde. Die Fertigstellung veralteter sowjetischer Reaktoren, wie im slowakischen Mochovce, ist in diesem Fall völlig ausgeschlossen.

#### 40.3.

Bereits in der Anfangsphase der Anti-Atom-Offensive, die sich ausschließlich auf die Problematik des AKW Temelin konzentrierte, hat sich die Einbeziehung der EU-Ebene als unerlässlich herausgestellt. Es wurden mehrere Resolutionen des EU-Parlaments zur Problematik des AKW Temelin initiiert. Schließlich hat gerade die EU-



Erweiterung im Bezug auf die Problematik des AKW Temelin eine herausragende Bedeutung gewonnen.

Im Rahmen der Anti-Atom-Offensive wurde die Linie vertreten, wonach die Sicherheitsproblematik des AKW Temelin im Rahmen der EU-Erweiterung verpflichtend geregelt werden sollte. Leider hat die damalige Bundesregierung durch die Verhandlung des sog. Melk-Abkommens einen anderen Weg gewählt. Schließlich misslang die zunächst anvisierte Verankerung des Melk-Abkommens im Beitrittsvertrag wegen mangelhafter Absicherung. Dadurch hat das Melk-Abkommen stark an Gewicht eingebüßt.

Unbeachtet des unbefriedigenden Zustandes beim AKW Temelin konnte jedoch die gesamte Problematik der nuklearen Sicherheit in den neuen EU-Ländern auf der EU-Ebene thematisiert werden. In der Folge kam es zur Verankerung von verpflichtenden Schließungsterminen von 7 gefährlichen Reaktoren im EU-Beitrittsvertrag. Der letzte dieser Reaktoren im litauischen Ignalina wird mit Jahresende stillgelegt. Für Oberösterreich ist die bereits mit Ende 2006 bzw. Ende 2008 erfolgte Stilllegung der besonders gefährlichen Reaktoren im slowakischen Bohunice von überragender Bedeutung. Die nukleare Sicherheit hat sich durch diesen wichtigen Schritt wesentlich erhöht.

Aufgrund der oben dargelegten Tatsachen wird die Bedeutung des Engagements auf der EU-Ebene ersichtlich. Gerade das heute aktuellste Thema – der Missbrauch der Klimaproblematik als Argument für eine Renaissance der Kernenergie - kann ausschließlich auf der EU-Ebene bearbeitet werden. Allerdings dürfen konkrete zielgerichtete Aktivitäten nicht mit einem diffusen Ziel eines „europaweiten Atomausstiegs“ verwechselt werden. Im Rahmen des jährlich stattfindenden Strategiebeirates wird sichergestellt, dass konkrete Schwerpunkte der Anti-Atom-Offensive festgelegt werden.

#### 41.3.

Vom Büro des Anti-Atom-Beauftragten wurde bei der Kontrolle der Projektförderungen immer streng darauf geachtet, dass es zu keiner Förderung der Teilnahme an behördlich nicht genehmigten Aktionen kommt. Nach einer umfangreichen und widersprüchlichen Diskussion wurden für die Projektpakete 17 und 18 sogar alle mit Grenzblockaden verbundenen Aktivitäten von der Förderung im Rahmen der Anti-Atom-Offensive des Landes Oberösterreich ausgeschlossen. Es muss jedoch auf die Tatsache hingewiesen werden, dass im Falle von Kofinanzierungen grundsätzlich die Möglichkeit besteht, Fördermittel von anderen Geldgebern für solche Aktivitäten einzusetzen, sofern dies die Richtlinien von anderen Förderstellen ermöglichen. Falls illegale Aktivitäten von NGO's außerhalb der geförderten Projekte gesetzt werden, so gibt es derzeit überhaupt keine Möglichkeit, dieses Verhalten zu beeinflussen, da die allgemeinen Förderrichtlinien für solche Fälle keine Sanktionsmechanismen beinhalten.



**Stellungnahme des Vereins**  
**Antiatom Szene**  
**zum Bericht**  
**des Landesrechnungshofes**

Pasching, 25. Februar 2010

## Zu Punkt 13.2.

„Antiatom Szene“ -Mitglieder werden in regelmäßigen Abständen schriftlich und persönlich ersucht den Mitgliedsbeitrag zu entrichten. Diese Bemühungen werden wir in Zukunft noch weiter forcieren. Höchste Priorität ist für uns aber die aktive Unterstützung durch unsere Mitglieder bei der Erreichung unserer Vereinsziele, zudem „Antiatom Szene“ sehr erfolgreich durch Sponsoring-Partner unterstützt wird, was an den Jahresabschlüssen unschwer zu erkennen ist und diese Beträge die zu erwartenden Mitgliedsbeiträge wesentlich übersteigen. Mittels Sponsoring-Gelder konnten in der Vergangenheit u. a. zahlreiche Gewinn- und Teilnahmepreise für unseren Antiatom-Schulwettbewerb zur Verfügung gestellt werden, sowie Kosten für die Projekte „Antiatom-Brettspiel“ und „30 Jahre Zwentendorf“ abgedeckt werden.

Bezüglich Antiatom-Brettspiel „NUKE STOP“: Das Antiatom-Brettspiel wurde insbesondere dafür entwickelt, um die Thematik im Rahmen unserer Jugendprojekte auf spannende Art und Weise vermitteln zu können. Die noch vorhandenen Antiatom-Brettspiele werden laufend Schulklassen, welche am aktuellen Antiatom-Schulwettbewerb teilnehmen, zur Verfügung gestellt und wurden auch zu diesem Zwecke aufbewahrt. Die Distribution verläuft also planmäßig.

## Zu Punkt 14.2.

Der Verein „Antiatom Szene“ teilt dazu mit, dass „Antiatom Szene“ stets auf Kosteneinsparung achtet und das ehrenamtliche Engagement im Verein „Antiatom Szene“ überdurchschnittlich ist.

Was durch „Antiatom Szene“ verabsäumt wurde: Alle ehrenamtlichen HelferInnen zu bitten, die ehrenamtlich erbrachten Tätigkeiten aufzuzeichnen. Diese etwas unverschämte Bitte, muss sich „Antiatom Szene“ künftig wohl erlauben.

Zur Ehrenamtlichkeit im Verein „Antiatom Szene“:

### **Bis zu 80% weniger Personalkosten im Vergleich zu anderen Vereinen mit ähnlichem Aufwand**

„Antiatom Szene“ ist der Ansicht, dass es für jedermann/frau durchaus nachvollziehbar ist, dass bei einem Minus gegenüber anderen Vereinen von bis zu 90 Wochenstunden bei vergleichbarem Arbeitsaufwand und gleicher oder ähnlicher Projektanzahl, manche Tätigkeiten auf Honorarnotenbasis ausgelagert werden müssen. Die (ins)gesamten Personalkosten für 4 Projekte mit vergleichbarem Arbeitsaufwand betragen bei „Antiatom Szene“ rund 80% Prozent weniger als bei anderen Vereinen. Im Prüfungszeitraum waren zwei Mitarbeiterinnen wöchentlich mit 22 Stunden beim Verein „Antiatom Szene“ angestellt, eine Mitarbeiterin ist wöchentlich mit 5 Stunden beschäftigt. Vor Oktober 2008 waren drei Mitarbeiterinnen mit insgesamt 30 Personalstunden beschäftigt. Ein Blick in die Endberichte macht es deutlich: Diese arbeitsintensiven Projekte sind ohne überdurchschnittliches ehrenamtliches Engagement nicht zu bewältigen.

Auch Grafiker und EDV-Techniker, die in der Empfehlung des LRH konkret angesprochen sind und für „Antiatom Szene“ professionelle Tätigkeiten verrichten, haben in der Vergangenheit immer einen wesentlichen ehrenamtlichen Beitrag geleistet. Die von dem von „Antiatom Szene“ beauftragten Grafiker für den 2. Antiatom-Schulwettbewerb entworfene Broschüre wurde für die Einholung von Angeboten für aktuelle Broschüren verwendet, da „Antiatom Szene“ diese Broschüren ähnlich gestaltet wissen wollte. Das Angebot zeigte, dass „Antiatom Szene“ bei der Vergabe der Aufträge für Broschüren Kosten in der Höhe von 2510!!! Euro je Broschüre einsparen konnte.

Die erste **Homepage** des Vereins „Antiatom Szene“ wurde ebenso rein ehrenamtlich erstellt: <http://www.antiatomszene.info/index.php>

Diese dient nach wie vor als Archiv-Seite und kann jederzeit eingesehen werden. Auch heute noch ist diese Homepage technisch gesehen Websites anderer Antiatom-Vereine wesentlich überlegen. Der Webmaster von „Antiatom Szene“ hat 2 Jahre lang ehrenamtlich hunderte Stunden in diese Homepage investiert. Der Antiatom Szene Vorstand hat damals sämtliche inhaltliche Strukturen ehrenamtlich errichtet. Der Grund der Umstellung auf die neue Homepage waren Sicherheitslücken von Angreifern und Browserkompatibilität. Das alles zu ändern wäre viel mehr Arbeit gewesen, als gleich eine neue HP zu erstellen. Deshalb fiel die Entscheidung auf neue Normen umzustellen (PHP 5, XHTML, CSS 3).

Auch in die aktuelle „Antiatom Szene“-Homepage sind hunderte Stunden an ehrenamtlicher Tätigkeit geflossen. Aufzeichnungen darüber gibt es zwar nicht, dafür hat jede(r) die Möglichkeit sich selbst eine Meinung darüber zu bilden, wie viel „Ehrenamtlichkeit“ in der Homepage [www.antiatomszene.info](http://www.antiatomszene.info) mit all ihren technischen Möglichkeiten (Online-Kampagnen, Gästebuch, Bildergalerie, Laufbild oben, Newsflash, zahlreichen Kategorien, Newsletter-Anmeldung und Versand...) steckt. Antiatom Szene ist sich sicher, eine Homepage dieser Art um 300 Euro - und so wenig hat sie dem Verein gekostet - ist nirgends zu kriegen. Auch die Besucherzahlen sprechen eine deutliche Sprache.

Für unsere Veranstaltungen („30 Jahre Zwentendorf“, „Antiatom Schulwettbewerb“-Preisverleihungen) konnten wir viele ehrenamtliche Mitarbeiter gewinnen wie z.B.: Moderation, Tontechniker, Referenten usw. Diese massiven Kosteneinsparungen sind ebenfalls Nachweis, dass dem Verein „Antiatom Szene“ die ehrenamtliche Komponente sehr wichtig ist.

**Der Vorstand von „Antiatom Szene“ hat 2006 beschlossen, dass sämtliche angestellte MitarbeiterInnen +25% ehrenamtliche Tätigkeit leisten sollen. Dies trifft ausschließlich, soweit uns bekannt, auf den Verein „Antiatom Szene“ zu.**

Beispiel: Eine Angestellte mit 20 Wochenstunden ist für „Antiatom Szene“ von MO-FR mind. je 5 Stunden täglich im Einsatz. Zudem gilt: Was es braucht um das Projekt erfolgreich zu machen, wird geleistet.

„Antiatom Szene“ hat zusätzlich – und rein ehrenamtlich – an Kampagnen gearbeitet, für welche keine Förderungen beantragt wurden, welche aber zu wesentlichen Erfolgen für die Antiatom-Arbeit führten, wie beispielsweise die Online-Kampagne adressiert an die EU-Kommission zum AKW Mochovce, wo ausschließlich Kosten für die Programmierung des Online-Formulars angefallen sind und welche bekanntlich zur ungewöhnlich kritischen Stellungnahme der EU-Kommission zu Mochovce führte. Ebenso unterstützte Antiatom Szene die Kampagne gegen Uni-Credit und BNP-Paribas zwecks Verhinderung der Finanzierung des erdbebengefährdeten AKWs Belene in Bulgarien. Das AKW-Belene-Projekt steht nun vor dem Aus.

**All dies wurde auch dem Landesrechnungshof zur Kenntnis gebracht.**

## **Zu Punkt 15.2.**

Dem Landesrechnungshof ist bekannt, dass „Antiatom Szene“ gut und auch international weit vernetzt ist und mit zahlreichen Organisationen in ganz Europa laufend zusammenarbeitet. „Antiatom Szene“ ist allerdings nicht bereit, mit Vereinen, in welchen laut „Handbuch des österreichischen Rechtsextremismus“ vom „Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes – DÖW“ dokumentiert, Aktivisten aktiv sind, bei denen es stark begründete Verdachtsmomente für rechtsextreme Positionen gibt. Dies wurde dem Landesrechnungshof auch in mehreren Gesprächen ausführlich und nachvollziehbar von mehreren Seiten geschildert. Das dies nicht nur von „Antiatom Szene“ so gesehen wird, zeigt sich darin, dass diese Umstände, welche aktuell Thema in der Presse sind, auch von anderen als höchst problematisch und aufklärungswürdig empfunden werden: [http://www.ots.at/presseaussendung/OTS\\_20091120\\_OTS0215/die-ngo-resistance-for-peace-tritt-mit-sofortiger-wirkung-aus-der-kampagne-oesterreich-raus-aus-euratom-aus](http://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20091120_OTS0215/die-ngo-resistance-for-peace-tritt-mit-sofortiger-wirkung-aus-der-kampagne-oesterreich-raus-aus-euratom-aus). „Antiatom Szene“ hat sich diesbezüglich auch von der Organisation „Atomstopp\_atomkraftfrei leben!“ distanziert: <http://new.antiatomszene.info/index.php/news/presse/140-medienmitteilung-des-vereins-antiatom-szene-23112009>. Dass es dennoch zu einer Empfehlung der Zusammenarbeit mit Allen, also auch mit vermeintlich „rechten“ bis „rechtsextremen“ Organisationen kommt, verwundert den Vorstand von „Antiatom Szene“ zutiefst.

Weiters soll festgehalten werden, dass seitens „Antiatom Szene“ keine „Beschwerde“ betreffend mangelnder Teilnahme von OÖ Organisationen an ihren Projekten erfolgte, sondern im Projektendbericht der Vollständigkeit halber die Unterstützung durch Antiatom- und Umweltschutzorganisationen detailliert und kritisch reflektiert wurde. Im konkreten Falle handelte es sich um eine Kampagne mit dem Ziel der Verhinderung eines Millionenkredites für den Ausbau des AKWs Mochovce. Diese Kampagne wurde von Antiatom Szene koordiniert und erhielt von zahlreichen Antiatom- und Umweltschutzorganisationen aus ganz Österreich Unterstützung. Dies war essentiell für den Projektverlauf und wurde daher auch entsprechend im Projektendbericht berücksichtigt. Die Beteiligung an der Kampagne durch weitere Organisationen erfolgte mit unterschiedlicher Intensität (Durchführung von zeitgleich

stattfindenden Protestaktionen in mehreren Städten, Bewerbung der Kampagne, Teilnahme am Online-Protest, etc...). Neben der wesentlich überwiegenden positiven Resonanz und Bereitschaft zur Unterstützung der Kampagne, wurde im Projektendbericht u.a. auch festgehalten, welche Organisationen die Kampagne nicht unterstützten, beispielsweise durch Teilnahme am Online-Protest (Dauer: 2 Minuten). Wesentlich entscheidender: Die Kampagne war ein Riesenerfolg und der Atomkredit konnte verhindert werden!

## **Zu Punkt 16.2.**

Der Verein „Antiatom Szene“ weist darauf hin, dass zwar die Internetgebühren für drei MitarbeiterInnen voll vom Verein bezahlt wurden, dass nach einem schriftlichen Beschluss des Vereinsvorstandes von 8.10.2009 (der mündliche Beschluss erfolgte bereits im Jahr 2006) im Gegenzug aber Telefonate für den Verein durch diese MitarbeiterInnen privat finanziert wurden.

**Das bedeutet, dass effektiv rund 95% der Vereinstelefonate seit 2006! privat finanziert wurden.** Im Jahr 2009 beispielsweise wurden sämtliche für den Verein „Antiatom Szene“ geführten Telefonate von Vorstand und Mitarbeitern privat bezahlt. Der Hintergrund zu dieser Vorgehensweise – also nur die Internetgebühren zu verrechnen – ist, die Bürokratie gering zu halten. Das Markieren jedes einzelnen für den Verein getätigten Telefonats, sowie die Berechnung der anteiligen Grundgebühr, entfällt. Diese Vorgehensweise erspart dem Verein nachweislich Kosten und Zeit. Kassierin, Kassierin-Stv. und Schriftführer-Stv. nutzen ausschließlich privates Internet für Vereinstätigkeiten.

**„Antiatom Szene“ verrechnet zudem nur einen Teil der effektiven Infrastrukturkosten.** Der „Antiatom Szene“-Vorstand hat bereits im Jahr 2006 mündlich beschlossen, dass Heizkosten und Stromkosten ausschließlich privat finanziert werden. Aufgrund von Einsparmaßnahmen wurde im Jahr 2008 auch der laufende Betriebsaufwand zu einem großen Teil privat finanziert. Die im Rahmen der Antiatom-Offensive genehmigte Summe für Betriebskosten, sowie ein Teil der Infrastrukturkosten, wurde überwiegend in die qualitative Verbesserung der Projekte investiert.

### **Vorstand und Mitarbeiter von „Antiatom Szene“ stellen dem Verein umfangreiche private Inventarien kostenlos zur Verfügung:**

Der Großteil des für die Vereinsarbeit benötigten Inventars wie Scanner, Drucker, Bürotische, Bürosessel, Regale, etc. ist Privateigentum von Vorstand und Mitarbeitern. Ebenso werden private Büro- und Lagerräumlichkeiten dem Verein kostenlos zur Verfügung gestellt.

## AKTENVERMERK

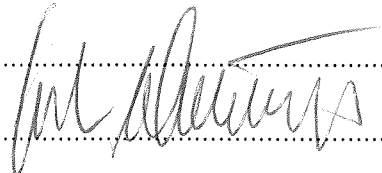
Gegenstand: Schlussbesprechung über die Initiativprüfung betreffend  
Förderungen von Anti Atom Vereinen  
Aktenzahl: LRH-130008/20-2010-Bf  
Ort und Datum: Landesrechnungshof, am 22. Februar 2010  
Teilnehmerinnen und Teilnehmer: Landesrat Rudolf Anschöber  
Mag. Karin Pindur  
Günter Weissmann  
Radko Pavlovec  
Mitglieder des LRH: Dir. Dr. Helmut Brückner  
Mag. Franz Bauer  
Leopold Pesendorfer

Den oben angeführten Teilnehmerinnen und Teilnehmern ist das vorläufige Ergebnis der Initiativprüfung in der gegenständlichen Schlussbesprechung vollinhaltlich zur Kenntnis gebracht worden.

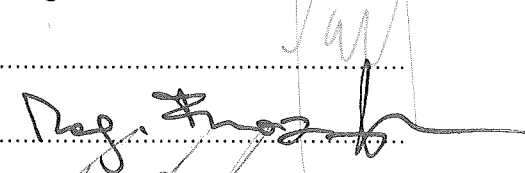
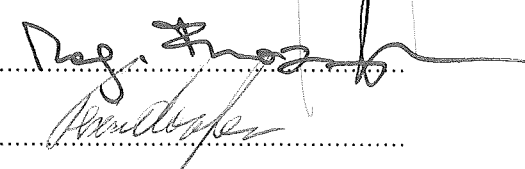
Über den Inhalt des vorgetragenen Ergebnisses konnte inklusive der während der Schlussbesprechung vorgenommenen Änderungen übereinstimmende Auffassung erzielt werden. Die von den Teilnehmerinnen und Teilnehmern mündlich eingebrachten Stellungnahmen wurden eingearbeitet (Kennzeichnung mit 3 an der zweiten Stelle und mit Kursivdruck).

Die oben angeführten Teilnehmerinnen und Teilnehmer verzichten auf die gemäß § 6 Abs. 5 Oö. LRHG eingeräumte Gelegenheit zur Abgabe einer schriftlichen Stellungnahme zum vorläufigen Ergebnis.

Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer:

  
.....  
.....  
.....  
.....

Mitglieder des LRH:

  
.....  
  
.....  
.....  
.....



## AKTENVERMERK

Gegenstand: Schlussbesprechung über die Initiativprüfung betreffend  
Förderungen von Anti Atom Vereinen

Aktenzahl: LRH-130008/20-2010-Bf

Ort und Datum: Landesrechnungshof, am 22. Februar 2010

Teilnehmerinnen und Teilnehmer: DI Manfred Doppler  
Mag. Roland Egger  
Alfred Kleptasch  
Werner Lorenz  
Gabriele Schweiger

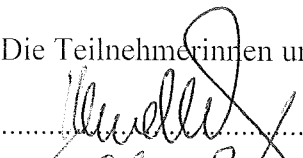
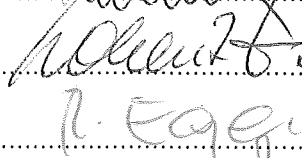
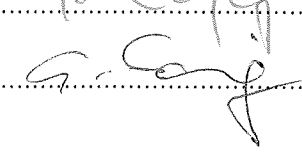
Mitglieder des LRH: Dir. Dr. Helmut Brückner  
Mag. Franz Bauer  
Leopold Pesendorfer

Den oben angeführten Teilnehmerinnen und Teilnehmern ist das vorläufige Ergebnis der Initiativprüfung in der gegenständlichen Schlussbesprechung vollinhaltlich zur Kenntnis gebracht worden.

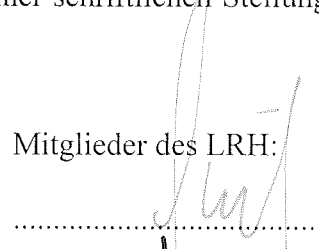

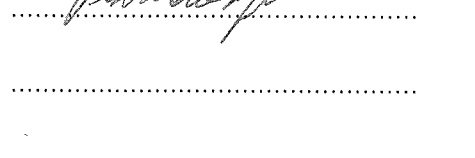
Über den Inhalt des vorgetragenen Ergebnisses konnte inklusive der während der Schlussbesprechung vorgenommenen Änderungen übereinstimmende Auffassung erzielt werden. Die von den Teilnehmerinnen und Teilnehmern mündlich eingebrachten Stellungnahmen wurden eingearbeitet (Kennzeichnung mit 3 an der zweiten Stelle und mit Kursivdruck).

Die oben angeführten Teilnehmerinnen und Teilnehmer verzichten auf die gemäß § 6 Abs. 5 Oö. LRHG eingeräumte Gelegenheit zur Abgabe einer schriftlichen Stellungnahme zum vorläufigen Ergebnis.

Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer:

  
.....  
  
.....  
  
.....  
.....

Mitglieder des LRH:

  
.....  
  
.....  
  
.....  
.....

## AKTENVERMERK

Gegenstand: Schlussbesprechung über die Initiativprüfung betreffend  
Förderungen von Anti Atom Vereinen  
Aktenzahl: LRH-130008/20-2010-Bf  
Ort und Datum: Landesrechnungshof, am 22. Februar 2010  
Teilnehmerinnen und Teilnehmer: Elvira Pöschko  
Mitglieder des LRH: Dir. Dr. Helmut Brückner  
Mag. Franz Bauer  
Leopold Pesendorfer

Den oben angeführten Teilnehmerinnen und Teilnehmern ist das vorläufige Ergebnis der Initiativprüfung in der gegenständlichen Schlussbesprechung vollinhaltlich zur Kenntnis gebracht worden.

Die von den Teilnehmerinnen und Teilnehmern mündlich eingebrachten Stellungnahmen wurden eingearbeitet (Kennzeichnung mit 3 an der zweiten Stelle und mit Kursivdruck). Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer behalten sich die Abgabe einer schriftlichen Stellungnahme gemäß § 6 Abs. 5 Oö. LRHG vor.

Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer:

Elvira Pöschko  
Sarina Teschenedric  
.....  
.....  
.....

Mitglieder des LRH:

.....  
Mag. Franz Bauer  
Leopold Pesendorfer  
.....  
.....

## AKTENVERMERK

Gegenstand: Schlussbesprechung über die Initiativprüfung betreffend  
Förderungen von Anti Atom Vereinen

Aktenzahl: LRH-130008/20-2010-Bf

Ort und Datum: Landesrechnungshof, am 22. Februar 2010

Teilnehmerinnen und Teilnehmer: Landesrat Rudolf Anschöber  
Mag. Karin Pindur  
Günter Weissmann  
Radko Pavlovec

Mitglieder des LRH: Dir. Dr. Helmut Brückner  
Mag. Franz Bauer  
Leopold Pesendorfer

Den oben angeführten Teilnehmerinnen und Teilnehmern ist das vorläufige Ergebnis der Initiativprüfung in der gegenständlichen Schlussbesprechung vollinhaltlich zur Kenntnis gebracht worden.

Die von den Teilnehmerinnen und Teilnehmern mündlich eingebrachten Stellungnahmen wurden eingearbeitet (Kennzeichnung mit 3 an der zweiten Stelle und mit Kursivdruck). Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer behalten sich die Abgabe einer schriftlichen Stellungnahme gemäß § 6 Abs. 5 Oö. LRHG vor.

Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer:

*Karin Pindur*  
.....  
*Rudolf Anschöber*  
.....  
*Günter Weissmann*  
.....  
.....  
.....

Mitglieder des LRH:

*Helmut Brückner*  
.....  
*Franz Bauer*  
.....  
*Leopold Pesendorfer*  
.....  
.....

**AKTENVERMERK**

Gegenstand: Schlussbesprechung über die Initiativprüfung betreffend  
Förderungen von Anti Atom Vereinen  
Aktenzahl: LRH-130008/20-2010-Bf  
Ort und Datum: Landesrechnungshof, am 23. Februar 2010  
Teilnehmerinnen und Teilnehmer: Mag. Karin Pindur  
Radko Pavlovec  
Dipl.-Ing Wolfgang Rescheneder  
Mitglieder des LRH: Mag. Franz Bauer  
Leopold Pesendorfer  
Manfred Holzer-Ranetbauer

Den oben angeführten Teilnehmerinnen und Teilnehmern ist das vorläufige Ergebnis der Initiativprüfung in der gegenständlichen Schlussbesprechung vollinhaltlich zur Kenntnis gebracht worden.

Die von den Teilnehmerinnen und Teilnehmern mündlich eingebrachten Stellungnahmen wurden eingearbeitet (Kennzeichnung mit 3 an der zweiten Stelle und mit Kursivdruck). Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer behalten sich die Abgabe einer schriftlichen Stellungnahme gemäß § 6 Abs. 5 Oö. LRHG vor.

Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer:

*Karin Pindur*  
.....  
*Radko Pavlovec*  
.....  
*W. Rescheneder*  
.....  
.....  
.....

Mitglieder des LRH:

*Mag. Franz Bauer*  
.....  
*Leopold Pesendorfer*  
.....  
*Manfred Holzer-Ranetbauer*  
.....  
.....  
.....